

lvb inform

Zeitschrift des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland

LCH-Befragung zur «inklusionsorientierten Schule»



**Gewaltige Lücke zwischen
Wunsch und Wirklichkeit**

**«Der LVB ist mehr als
eine Gewerkschaft»**

Bildungsdirektor Markus
Eigenmann im Gespräch

**Alles, was (nicht)
recht ist**

Wer zahlt, befiehlt?

Der letzte Schrei

Schrödingers Frühfranzösisch

Editorial

Helden der Lüfte vs. Luftbusse

Liebe Leserin
Lieber Leser

Welche Non-Profit-Organisation steht seit Jahren im Swiss Reputation Ranking unangefochten an der Spitze der Rangliste? Die Rettungsflugwacht, kurz Rega. Sie genießt hohes Ansehen, weil sie rettet, wenn es zählt – schnell, präzise und professionell. Egal, ob Frühchen, Herzinfarktpatient oder Skifahrer: Die Rega rettet dank Hightech und Manpower – verlässlich und bescheiden. Auffällig: Die Geretteten werden nicht kritisiert, unabhängig davon, ob sie selbst schuld sind oder einfach Pech hatten.

Von der Berg- zur Bildungslandschaft: Man stelle sich eine Lehrperson vor, die mit ihren Schülerinnen und Schülern zu einer anspruchsvollen Bergtour aufbricht, ohne die Route zu rekonoszieren, Eventualitäten zu berücksichtigen oder für verlässliches Begleitpersonal zu sorgen. Käme es zu einem Unfall, hätte sie vor Gericht einen schweren Stand.

Umso erstaunlicher, dass die Verantwortlichen bei der Einführung der Integrativen Schule, bildlich gesprochen, Tausende von Wanderteams auf riskante Bergtouren geschickt haben – ohne Ausrüstung, ohne ortskundige Sherpas. Noch erstaunlicher ist, dass unser Dachverband dies damals unter der Formulierung illusorischer Gelingensbedingungen mitgetragen hat.

Nun könnte man meinen, dass im Lichte der ernüchternden Ergebnisse der LCH-Umfrage zur inklusionsorientierten Schule die Erkenntnis reift, die in Bergnot geratenen Teams – Lehrpersonen und Klassen – schnellstmöglich aus ihrer misslichen Lage zu befreien. Doch Fehlanzeige: Die Hochschule für Heilpädagogik (HfH) kommt nämlich zum Schluss, dass Lehrpersonen einfach mehr Fachwissen benötigen, und

nutzt die Umfrageresultate, um ihre Angebote zu bewerben – verbunden mit der Botschaft, es brauche «mehr Kooperation» in «multiprofessionellen» Teams. Eine Anfrage des LVB in Hogwarts ergab, dass seitens der HfH noch keine Bestellung für den Hut, aus dem sich immense Zeit- und Personalressourcen zaubern liessen, eingegangen sei.

Doch damit nicht genug: Exponenten der sogenannt evidenzbasierten Sozialforschung zweifeln die Einschätzungen von über 10'000 Praktikerinnen und Praktikern, die sich täglich an den Folgen einer unausgegorenen Reform aufreiben, mit bemerkenswerter Nonchalance an. Die Befragung von gfs.bern habe mit Wissenschaft nichts gemein; es seien lediglich «Gefühle» abgefragt worden. Andere «Experten» rücken Praktiker, welche die offensichtlichen Elefanten im Raum beim Namen nennen, in eine kinderfeindliche Ecke und werfen ihnen vor, mit «Halbwahrheiten» und Zerrbildern zu hantieren.

Kurz: Die sendungsbewussten Elfenbeinturmbewohner, die der Berufspraxis tunlichst fernbleiben, rufen den in Bergnot getriebenen Teams aufmunternd zu: «Stellt euch auf beide Beine, mit der richtigen Haltung erreicht ihr den Gipfel; ein Extrembergsteigerkurs hätte euch gutgetan; seid mutig, Angst ist nur ein irreales Gefühl; atmet tief durch, Sauerstoffflaschen braucht ihr keine; stellt euch vor, ihr wärt Alpakas, dann tragen sich eure Rucksäcke wie von alleine.»

Die dritte Kategorie der selbsternannten Helden der pädagogischen Lüfte ist die Berater-Armada. Oft sind es Leute, die aus dem Lehrberuf geflüchtet sind, nun aber ehemaligen Kolleginnen und Kollegen zeigen wollen, wie gelingt, woran sie als Lehrpersonen selbst gescheitert sind: Unterrichten in maximal heterogenen Klas-

sen, von Kindern mit massiven Verhaltensauffälligkeiten über unbegleitete Minderjährige aus Kriegsgebieten bis hin zu hochbegabten Überfliegern.

Die selbstinszenierten Retter empfehlen den Verunfallten etwa, das Problem nicht bei den Umständen, sondern bei sich selbst zu suchen. Sie müssten in sich hineinhören und klären, was Beschimpfungen, Respektlosigkeit und Zeitdruck mit ihnen machten. Nach getaner «Intervention» verlassen sie den Unfallort, stehlen sich aus der Verantwortung, überlassen die Bergsteigerteams, denen die Luft ausgeht, ihrem Schicksal und betonen, wie schön doch die Schweizer Berglandschaft sei.

Nicht so die Rega. Sie birgt Verunglückte aus unmöglichsten Lagen, fliegt sie aus der Gefahrenzone, stellt die fachmännische Versorgung am richtigen Ort sicher – und rettet damit oft Leben. Eigeninteresse, Besserwisserei oder Hochmut liegen den Regaprofis fern. Insgeheim wünschen sie sich aber, dass gefährliche Touren gemieden werden, Teams nur mit der erforderlichen Ausrüstung aufbrechen und bei schwierigen Verhältnissen rechtzeitig umkehren dürfen.

Doch selbst die Rega kann nicht überall retten. Die Crew fliegt nur, wenn Höhe, Wetter, Gelände und Sicherheitsreserven dies zulassen.

Und an der Schule? Die LCH-Befragung zeigt: Nicht einzelne Lehrpersonen versagen an der Betriebsgrenze – das System Integrative Schule operiert vielerorts längst darüber. Statt weiterhin waghalsige Manöver zu erzwingen, müssten die Verantwortlichen endlich dafür sorgen, dass solche Einsätze gar nicht mehr nötig sind.

Philipp Loretz
Präsident LVB

Inhalt

- | | |
|--|--|
| <p>2 Editorial
Helden der Lüfte vs. Luftbusse
von Philipp Loretz</p> <p>4 Good News
von Benjamin Hänni und Roger von Wartburg</p> <p>6 LVB-Jahresrechnung 2025/2026
und Budget 2026/2027</p> <p>10 Alles, was (nicht) recht ist
Wer zahlt, befiehlt?
von Isabella Oser</p> <p>13 LCH-Befragung zur «inklusions-
orientierten Schule»
Gewaltige Lücke zwischen Wunsch und
Wirklichkeit
von der LVB-Geschäftsleitung</p> <p>16 Protokoll der DV vom 18. März 2026
von Roger von Wartburg</p> | <p>26 Perlenfischen
von Roger von Wartburg</p> <p>30 Ein teures «Wir wissen es nicht!»
Die «Standortbestimmung Sprachenkonzept» beim
Wort genommen
von Benjamin Hänni und Roger von Wartburg</p> <p>34 Lichtblick
Introvertiert und sichtbar
von Roger von Wartburg</p> <p>36 LVB-Forum</p> <p>38 Der letzte Schrei
Schrödingers Frühfranzösisch
von Roger von Wartburg</p> |
|--|--|

Herausgeber Lehrerinnen- und Lehrerverein Baselland LVB, Am Kägenrain 3, 4153 Reinach, www.LVB.ch
Redaktion LVB-Geschäftsleitung • **Layout & Gestaltung** Philipp Loretz • **Lektorat** Roger von Wartburg
Ausgabe SJ 2026/27, Nummer 01, September 2026 • **Auflage** 3200, erscheint 4-5-mal jährlich
Druck Schaub Medien AG, 4450 Sissach • **Titelbild** © KI-generiert mit Fobizz • **Logo** Schmutz & Pfister, Grafik und Design

Reinach, 25. September 2026



© nali – stock.adobe.com

von Benjamin Hänni und Roger von Wartburg

■ LVB-Finzen wieder im Lot

Zurück in den schwarzen Zahlen

Freude herrscht: Nach drei defizitären Jahren schliesst der LVB das Geschäftsjahr 2025/26 mit einem Gewinn von rund 37'500 CHF ab. Dieses Resultat wurde möglich durch die erste moderate flächendeckende Anhebung der Mitgliederbeiträge seit über 20 Jahren, die weiterhin erfreuliche Entwicklung der Mitgliederzahlen (pro Jahr treten ca. 200 neue Aktivmitglieder bei) sowie konsequente Einsparungen auf der Ausgabenseite.

Vertrauen in den LVB

Im Vergleich zum Vorjahr wurden ca. 45'000 CHF mehr Mitgliederbeiträge eingeholt. Dazu beigetragen haben – neben den bereits erwähnten Faktoren – auch «Sympathiebeiträge» vieler treuer pensionierter Mitglieder, denen an dieser Stelle herzlich dafür gedankt sei. Trotz der Beitragserhöhung gab es keine Austrittswelle. Diese gelebte Solidarität werten wir als starkes Signal des Vertrauens in die Arbeit des LVB.

Ungewissheit hinsichtlich Profitcenter LCH

Weil die angekündigte Kürzung der Erträge durch die vergünstigten Visana-Zusatzversicherungen nun doch erst ein Jahr später wirksam wird, schliessen die Profitcenter LCH um knapp 16'000 CHF höher ab als budgetiert. Die verschlechterten Konditionen greifen erst ab dem Geschäftsjahr 2026/27. Wichtig ist jedoch, dass der LVB auch dann schwarze Zahlen geschrieben hätte, wenn die sinkenden Erträge bereits jetzt Tatsache geworden wären. Für das neue Geschäftsjahr budgetieren wir in diesem Bereich bewusst vorsichtig.



Einsparungen

Seit der Implementierung der neuen Software benötigt der LVB, abgesehen von der Homepage, kaum noch externen Support im IT-Bereich. Durch die Übernahme möglichst vieler Aufgaben und Tätigkeiten durch die LVB-Geschäftsleitung sanken Ausgaben für externe Partner in den Bereichen Treuhand und Jurisprudenz. Ab dem Geschäftsjahr 2026/27 stellt der LVB gemäss DV-Beschluss vom März 2026 auf die *eingeschränkte* Revision um, was zu einer weiteren Einsparung führen wird. Ebenfalls sinkt die Prämie der Krankentaggeldversicherung markant.

Nicht nachlassen!

Da Pensionierungen, Kantonswechsel und Austritte zum Verbandsalltag gehören, bleibt die Mitgliederwerbung eine Daueraufgabe. Sie gelingt nur gemeinsam: Wir brauchen engagierte LVB-Mitglieder, die an ihren Schulen immer und immer wieder neue Kolleginnen und Kollegen von einem Beitritt überzeugen.

Fazit

Die Jahresrechnung 2025/26 zeigt eine echte Stabilisierung: Der LVB hat auf die Fehlbeträge der Vorjahre reagiert, die Einnahmenseite gestärkt und die Ausgaben konsequent optimiert. Grundlage dafür war ein mehrjähriges Massnahmenpaket. Der Verband hat seine Hausaufgaben gemacht und blickt optimistisch in die Zukunft. Vielen Dank für Ihre Treue!

© stock.adobe.com

Medienpräsenz



Auswahl der Berichterstattung

© stock.adobe.com

Tages-Anzeiger/BaZ | «Als der Schüler mich ansprackte, war das so ein Kippmoment»

Podcaster berät Lehrer und Schulleiterinnen, die am Integrations-system leiden. Primarlehrer Markus F. sagt: «Die schulische Integration ist gescheitert.»



NZZ | Vernichtende Umfrage über die integrative Schule

Die Hälfte der Schweizer Lehrer hält das inklusive Modell für gescheitert, weil es sie überlastet – und die Schüler schlechter macht.



Nau.ch | Wendepunkt Bildung: «Reduce to the max an Schweizer Schulen!»

«Wir müssen uns darauf besinnen, was für Lehrpersonen und Schulkinder leistbar ist», schreibt Philipp Loretz in seinem Gastbeitrag.



SICHTWEISENSCHWEIZ.CH | Sieben Thesen zur Kurskorrektur aus Sicht der Lehrerschaft

Mit dem «Manifest für einen bildungswirksamen Unterricht» fordert «Wendepunkt Bildung» eine Kurskorrektur.



BaZ | Lehrerverein fordert Klimaanlage statt kurzfristige Notlösungen

Mehrere Baselbieter Primarschulen lassen bei 38 Grad den Präsenzunterricht am Nachmittag ausfallen. Der Lehrerverein kritisiert den Kanton für zögerliches Handeln.



teleBasel | Integrative Schule auch in Basel-land unter Druck

Laut einer Umfrage sind rund die Hälfte der Lehrpersonen der Meinung, dass die integrative Schule gescheitert ist.



LVB-Jahresrechnung 2025/2026

Bilanz per 30.06.2026

	30.06.2026	30.06.2025
Flüssige Mittel	409'395	339'207
Forderungen L+L	373	909
Übrige Guthaben	57	411
Aktive Rechnungsabgrenzungen	9'337	14'440
UMLAUFVERMÖGEN	419'162	354'967
Mobile Sachanlagen	2'300	1'100
ANLAGEVERMÖGEN	2'300	1'100
AKTIVEN	421'462	356'067
Verbindlichkeiten L+L	49'464	32'252
Passive Rechnungsabgrenzungen	16'860	13'700
Rückstellungen Treueprämien	7'530	-
FREMDKAPITAL	73'854	45'952
Fonds Kampfkasse	100'000	100'000
Fonds Rechtsschutzkasse	100'000	100'000
Vereinsvermögen Vorjahr	110'116	134'086
Jahresergebnis	37'493	-23'970
Eigenkapital	347'609	310'116
EIGENKAPITAL	347'609	310'116
PASSIVEN	421'462	356'067

Erfolgsrechnung 01.07.25 bis 30.06.2026

	Budget Folgejahr	Erfolgsrechnung 2025/26	Budget 2025/26	Erfolgsrechnung Vorjahr
Mitgliederbeiträge	580'000	585'741	570'000	540'970
Ertrag Profitcenter LVB	100	151	500	516
Ertrag Profitcenter LCH	37'000	52'809	37'000	55'343
Debitorenverluste	-	-1'678	-	-1'288
Erlös Diverses	-	1'200	-	800
Nettoerlöse aus L+L	617'100	638'223	607'500	596'341
Personalaufwand	-483'000	-478'416	-470'000	-474'573
Informatik und Lizenzen	-6'000	-5'556	-8'000	-14'855
Sachversicherungen	-1'400	-1'383	-1'400	-1'383
Büro, Verwaltung und Spesen	-21'850	-20'824	-23'000	-26'553
Treuhand	-6'000	-8'929	-10'000	-13'594
Beiträge und Spenden	-	-	-100	-259
Kantonalvorstand	-16'000	-11'351	-12'000	-12'914
Delegiertenversammlung	-11'000	-6'884	-8'000	-10'531
Rechnungsrevision	-3'000	-5'405	-5'000	-5'216
Verbandszeitschrift	-38'000	-38'515	-38'000	-38'254
Pensionierte	-3'500	-3'420	-2'500	-3'111
Auszahlungen/Feier Jubilare	-13'500	-14'428	-16'000	-16'314
Diverser Aufwand Kampf	-	-	-500	-87
Anwalts- & Verfahrenskosten	-10'000	-3'900	-10'000	11'807
Kosten Gutachten/Berichte Recht	-2'500	-	-2'500	-1'341
Diverser Aufwand Recht	-	-260	-	-
Übriger betrieblicher Aufwand	-132'750	-120'856	-137'000	-156'219
Abschreibungen Informatik	-900	-1'585	-400	-800
Finanzertrag	200	329	600	616
Finanzaufwand	-	-	-	-68
a.o. / periodenfremder Ertrag	-	-	-	11'322
Steueraufwand	-600	-202	-500	-589
Steuern und Neutrales	-600	-202	-500	10'733
Jahresverlust/-gewinn	50	37'493	200	-23'970

Bericht der Revisionsstelle zur Jahresrechnung 2025/2026



Bericht der Revisionsstelle über die
Prüfung der Jahresrechnung des
Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland
Vereinsjahr 2025/2026

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz, Erfolgsrechnung, Anhang) des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland für das am 30. Juni 2026 abgeschlossene Vereinsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist die Geschäftsleitung des Vereins verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, die Jahresrechnung zu prüfen und zu beurteilen.

Unsere Prüfung basiert auf der uns vorgelegten Buchhaltung, den Belegen (wie Reglemente, Verträge, Protokolle, Bankauszüge, Originalrechnungen), den Befragungen der Mitglieder der Geschäftsleitung und Mitarbeitenden der TRESO Treuhand AG und analytischen Prüfungshandlungen sowie auf den Umständen angemessenen Detailprüfungen der beim geprüften Verein vorhandenen Unterlagen. Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse sind nicht Bestandteil dieser Revision.

Aufgrund unserer Prüfung beantragen wir der Delegiertenversammlung, die Jahresrechnung 2025/2026 zu genehmigen.

CENTRA TREUHANDGESELLSCHAFT AG

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "R. Senn".

Rudolf Senn

4448 Läfelfingen, 21. August 2026

Beilage:

Jahresrechnung bestehend aus:

- Bilanz per 30. Juni 2026
- Erfolgsrechnung 2024/2026
- Anhang 2025/2026

Den vollständigen Revisionsbericht finden Sie auf unserer Homepage unter <https://lvb.ch/geschäftsberichte/>.



Coop-
Gutschein
im Wert von
CHF 30.–

Jetzt profitieren

Rechnen Sie mit uns. Entspannt versichert.

Profitieren Sie als Mitglied des LCH von 15% Prämienrabatt auf die Spitalzusatzversicherung dank der Partnerschaft mit Visana. Beantragen Sie bis zum 31.12.2026 eine Offerte oder einen Beratungstermin und Sie erhalten von uns als Dankeschön einen Coop-Gutschein im Wert von CHF 30.–.



Jetzt QR-Code scannen und profitieren:
visana.ch/kollektiv/lch
Telefon 0848 848 899



Versicherungen **visana**



30
Jahre

Partnerschaft, die zählt – seit 30 Jahren

LCH und Zurich

Seit drei Jahrzehnten verbindet uns eine starke und verlässliche Partnerschaft. Gemeinsam setzen wir uns für die Sicherheit, das Wohl und die speziellen Bedürfnisse von Lehrpersonen ein.

Als LCH-Mitglied profitieren Sie von exklusiven Sonderkonditionen auf unsere Versicherungsprodukte.



Jetzt von
Sonderkonditionen
profitieren.



Alles, was (nicht) recht ist Wer zahlt, befiehlt?

von Isabella Oser



«Wir entscheiden das»

Der Anruf kommt an einem Dienstagabend, kurz nach acht. Am Apparat eine Lehrperson einer Gemeindeschule, seit vierzehn Jahren im Dienst. Am Nachmittag sass sie in einem Gespräch, zu dem sie ohne Angabe eines Themas eingeladen worden war. Auf der anderen Seite des Tisches sassen die Schulleitung und ein Mitglied einer kommunalen Behörde. Es ging um Vorwürfe, die sie zum ersten Mal hörte. Als sie fragte, ob sie sich dazu vorbereitet äussern könne, fiel der Satz, den sie seither nicht mehr loswird: «In dieser Gemeinde entscheiden wir, wie wir das handhaben; wir bezahlen Sie schliesslich.»

Die Frage der Lehrperson an den LVB ist kurz: Stimmt das? Antwort: Nein. Aber die Haltung dahinter begegnet uns in der Rechtsberatung oft genug, dass sie eine ausführlichere Antwort verdient. *Wer bezahlt, befiehlt.* Gemeint ist: Die Gemeinde trägt die Kosten ihrer Schule und ist Arbeitgeberin, also soll sie auch weitestgehend selbst bestimmen können, wie sie mit ihren Mitarbeitenden umgeht. Auf den ersten Blick mag das einleuchten. Rechtlich greift es zu kurz.

Zwei Bestimmungen, die nichts miteinander zu tun haben

Das Bildungsgesetz sagt tatsächlich, wer bezahlt. Unter den Aufgaben der Trägerschaft hält § 15 fest: «Sie tragen die Lohnkosten aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schulen.» Das ist der eine Satz.

Wer was entscheiden darf, steht jedoch an ganz anderer Stelle. Die Aufgaben der Schulleitung regelt § 77, jene des

Schulrats § 82, jene der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion § 87. Diese Bestimmungen nehmen mit keinem Wort Bezug darauf, woher der Lohn stammt. Das Gesetz hält Kostentragung und Kompetenzordnung in getrennten Kapiteln und das ist keine Redaktionslaune, sondern der Kern der Sache. Kompetenzen ergeben sich nicht daraus, wer die Rechnung bezahlt, sondern aus dem Gesetz.

Dasselbe Personalrecht, andere Strukturen

Zuständigkeiten und Führungsstrukturen unterscheiden sich zwischen kantonalen und kommunalen Schulen tatsächlich. Beim anwendbaren Personalrecht ist die Verordnung zum Personalgesetz jedoch eindeutig. Ihr § 1 bestimmt, dass die nachfolgenden Bestimmungen gelten, «wo nichts Abweichendes erwähnt ist», und zählt dann ausdrücklich auf: «alle Mitarbeitenden der öffentlichen Schulen des Kantons sowie die Schulleitungen, Lehrpersonen und Mitarbeitenden im pädagogischen Bereich der öffentlichen Schulen der Gemeinden». Will heissen: Eine Gemeinde finanziert ihre Schule. Ein eigenes Personalrecht entsteht daraus aber nicht.

Gemeindeautonomie bedeutet, dass Gemeinden innerhalb der ihnen übertragenen Aufgaben selbstständig entscheiden. Sie bedeutet nicht, dass die allgemeinen Regeln des öffentlichen Rechts ausser Kraft gesetzt wären. Auch eine kommunale Arbeitgeberin ist an das Gesetz und die rechtsstaatlichen Grundsätze gebunden: rechtliches Gehör, Treu und Glauben, Willkürverbot und Verhältnismässigkeit. Eine Behörde darf entscheiden. Sie darf jedoch nicht deshalb beliebig entscheiden, weil sie bezahlt.

Wenn mehrere Rollen zusammenrücken

An Gemeindeschulen wirken mehrere kommunale Organe zusammen: Die Schulleitung führt die Schule «in pädagogischer, personeller, organisatorischer und administrativer Hinsicht» und ist Anstellungsbehörde der Lehrpersonen. Der Schulrat seinerseits ist Anstellungsbehörde der Schulleitung, ihr gegenüber weisungsbefugt und Beschwerdeinstanz bei ihren Entscheiden. Überträgt die Einwohnergemeinde die Aufgaben des Schulrats gesamthaft an den Gemeinderat, rücken diese Rollen noch näher zusammen. Und die Gemeinde ist zugleich Trägerin der Schule und finanziert deren Kosten.

Diese Nähe kann sinnvoll sein. Sie birgt aber ein Risiko: In einem personalrechtlichen Konflikt können pädagogische Führung, Arbeitgeberinteressen, finanzielle Erwägungen und politische Verantwortung in wenigen Personen zusammenfallen. Umso wichtiger ist es, dass jedes Organ seine Rolle kennt. Wenig beachtet wird dabei, was das Ge-

setz dem Schulrat ausdrücklich aufträgt. Zu seinen Aufgaben gehört nämlich: «Er gewährleistet die Einhaltung der Vorgaben des Kantons, des Bundes und der Einwohnergemeinde.» Und wenn wichtige rechtliche Vorgaben nicht eingehalten werden, kann er befristet operative Eingriffe in die Schulführung vornehmen lassen. Der Schulrat ist also gerade *nicht* das Organ, das kantonale Vorgaben abwehrt, sondern das Organ, das für ihre Einhaltung sorgen soll.

Zwei Rechtswirklichkeiten?

In unserer Beratungstätigkeit entsteht dennoch zunehmend der Eindruck, dass Lehrpersonen an Gemeindeschulen personalrechtliche Konflikte anders erleben als ihre Kolleginnen und Kollegen an kantonalen Schulen. Nicht, weil das Gesetz ihnen weniger Rechte zugestände, sondern weil kommunale Arbeitgeberautonomie in der Praxis mitunter sehr weitgehend interpretiert wird und kantonale Stellen gleichzeitig auf die Zuständigkeit der Gemeinde verweisen.

Für die Betroffenen ist das zermürbend. Die Gemeinde beruft sich auf ihre Arbeitgeberstellung, die kommunalen Schulorgane auf ihre Kompetenzen, der Kanton auf die kommunale Zuständigkeit. Wer in dieser Schleife steckt, verliert Wochen, in denen es eigentlich um die Sache gehen müsste. Am Ende sind viele Stellen zuständig, aber für die Einhaltung einheitlicher rechtsstaatlicher Standards fühlt sich niemand wirklich verantwortlich.

Erschwerend kommt hinzu, wie kurz die Fristen sind. Gegen Verfügungen der Schulleitung einer kommunalen Schule kann nur innert zehn Tagen seit Eröffnung beim Schulrat beziehungsweise beim Gemeinderat Beschwerde erhoben werden. Zehn Tage: Das ist ungefähr die Zeit, die eine verunsicherte Lehrperson braucht, um überhaupt zu begreifen, was ihr da zuge- oder unterstellt wurde. Wer eine Verfügung erhält, sollte sich deshalb nicht erst beraten lassen, wenn er sich sortiert hat, sondern sofort.

Damit stellt sich eine grundsätzliche Frage: Kann, darf und soll es sein, dass wir im selben Kanton weitgehend dasselbe Personalrecht haben, in der Praxis aber zwei Rechtswirklichkeiten?

Der Kanton ist längst zuständig

Genau hier wird die kantonale Verantwortung interessant, denn das Bildungsgesetz zieht sich bei den kommunalen Schulen keineswegs zurück. Erstens beschreibt § 87 die Aufgabe der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion in einem einzigen Satz, der keine Trägerschaft ausnimmt: «Sie

leitet, koordiniert und beaufsichtigt das Bildungswesen des Kantons.»

Zweitens greift der Kanton an einer besonders heiklen Stelle sogar direkt ins kommunale Verfahren ein. § 77 verpflichtet die Schulleitung ausdrücklich: «Sie nimmt vor der Auflösung von unbefristeten Anstellungsverhältnissen durch die Arbeitgeberin Rücksprache mit der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion.» Diese gesetzlich vorgeschriebene Rücksprache zeigt jedenfalls, dass der kantonale Gesetzgeber auch bei einem kommunalen Anstellungsverhältnis eine Einbindung der BKSD für erforderlich hält.

Und drittens endet der Rechtsmittelweg in beiden «Welten» am selben Ort. An kantonalen Schulen gelangt man gegen personalrechtliche Entscheide der Schulleitung an den Regierungsrat. An kommunalen Schulen führt der Weg über den Schulrat oder den Gemeinderat und von dort ebenfalls an den Regierungsrat. Der Unterschied liegt in der Zahl der Stationen, nicht im Endpunkt.

Kantonale Aufsicht darf sich nicht darin erschöpfen, bei Konflikten auf die Gemeindeautonomie zu verweisen. Wo kantonales Personal- und Bildungsrecht gilt, muss auch ein Interesse daran bestehen, dass es kantonsweit vergleichbar angewendet wird.

Kommunale Arbeitgeberverantwortung und kantonale Verantwortung für ein rechtskonformes Schulsystem stehen also nebeneinander. Kantonale Aufsicht darf sich deshalb nicht darin erschöpfen, bei Konflikten auf die Gemeindeautonomie zu verweisen. Wo kantonales Personal- und Bildungsrecht gilt, muss auch ein Interesse daran bestehen, dass es kantonsweit vergleichbar angewendet wird.

Autonomie braucht Aufsicht

Das heisst nicht, dass die BKSD oder das AVS jeden Personalentscheid einer Gemeinde übernehmen oder korrigieren sollen. Teilautonomie setzt gerade voraus, dass Gemeinden innerhalb ihrer Zuständigkeit selbst entscheiden können. Problematisch wird sie dort, wo sie faktisch zur Distanz des Kantons führt.

In unseren Beratungen erleben wir, wie erwähnt, immer wieder, dass AVS oder BKSD bei personalrechtlichen Kon-

flikten an Gemeindeschulen auf die kommunale Zuständigkeit verweisen. Formal mag das zunächst richtig sein. Für die betroffene Lehrperson bedeutet es aber nicht selten: Hält die Gemeinde an ihrer Entscheidung fest, bleibt ihr nur der Rechtsweg.

Genau das kann nicht die befriedigende Antwort eines kantonalen Bildungssystems sein. Aufsicht und Beratung sollten nicht erst dort wirksam werden, wo eine Verfügung angefochten wird. Sie sollten dazu beitragen, dass rechtsstaatlich problematische Verfahren möglichst gar nicht erst an diesen Punkt gelangen.

Aufsicht und Beratung sollten nicht erst dort wirksam werden, wo eine Verfügung angefochten wird. Sie sollten dazu beitragen, dass rechtsstaatlich problematische Verfahren möglichst gar nicht erst an diesen Punkt gelangen.

nicht erst an diesen Punkt gelangen. Denn der Rechtsweg beantwortet Rechtsfragen, Konflikte indes löst er häufig nicht. Bis ein Entscheid vorliegt, sind Beziehungen beschädigt, Fronten verhärtet und erhebliche personelle wie finanzielle Ressourcen verbraucht. Selbst wenn eine Lehrperson am Ende Recht erhält, gibt es oft nur Verlierer. Zurück bleibt nicht selten das Gefühl, dass für kommunale Lehrpersonen zwar dasselbe Recht gilt, seine Durchsetzung aber weit schwieriger ist.

Gerade deshalb braucht Teilautonomie ein kantonales Gegenstück: eine BKSD und ein AVS, die ihre Aufsichts- und Beratungsverantwortung gegenüber kommunalen Schulen sichtbar wahrnehmen. Nicht indem sie kommunale Personalentscheide an sich ziehen, sondern indem sie frühzeitig auf die Einhaltung kantonalen Rechtsstandards hinwirken und dort genauer hinschauen, wo grundlegende Verfahrensregeln aus dem Blick geraten sind.

Andernfalls entsteht eine schwer vermittelbare Situation: Für die Lehrperson an einer kantonalen Schule ist der Kanton Arbeitgeber und unmittelbar verantwortlich. Ihrer Kollegin an einer Gemeindeschule begegnet derselbe Kanton zunächst mit dem Hinweis auf die kommunale Zuständigkeit – aber später wieder als Rechtsmittelinstanz. Dazwischen liegt ein Raum, in dem sich kommunale Lehrpersonen mitunter ziemlich alleine gelassen fühlen. Das nährt den Eindruck zweier Rechtswirklichkeiten. Nicht weil zwei verschiedene Gesetze gelten, sondern weil die Durchsetzung derselben rechtsstaatlichen Standards unterschiedlich gut erreichbar ist.

Zwei notwendige Schritte

Zwei Schritte wären aus Sicht des LVB naheliegend, und beide kommen ohne Gesetzesrevisionen aus: Einerseits sollte die BKSD klarer festhalten, welche rechtsstaatlichen Mindestanforderungen bei personalrechtlichen Verfahren an allen öffentlichen Schulen gelten. Die gesetzlich vorgeschriebene Rücksprache nach § 77 zeigt exemplarisch, dass kommunale Zuständigkeit und kantonale Verantwortung einander nicht ausschliessen.



Andererseits braucht es beim Kanton eine klar bezeichnete Anlaufstelle für personalrechtliche Verfahrensfragen an Gemeindeschulen, an die sich auch betroffene Lehrpersonen wenden können, bevor ein Konflikt zum Rechtsfall wurde. Nicht als Eingriff in die Führung einer Gemeinde, sondern als Möglichkeit, frühzeitig zu klären, ob ein Verfahren rechtsstaatlichen Anforderungen genügt.

Gemeindeautonomie und kantonale Aufsicht sind keine Gegensätze. Je grösser der kommunale Gestaltungsspielraum, desto wichtiger ist eine verlässliche Aufsicht über dessen Grenzen. Für Lehrpersonen muss vorhersehbar sein, welche Rechte ihnen zustehen – unabhängig davon, in welcher Baselbieter Gemeinde sie unterrichten. Sonst wird aus kommunaler Vielfalt rechtliche Ungleichheit.

Das Primat der Rechtsstaatlichkeit

Eine Gemeinde darf ihre Schule gestalten, führen und finanzieren. Sie darf innerhalb ihrer gesetzlichen Kompetenzen auch personalrechtliche Entscheide treffen. Diese müssen aber denselben rechtsstaatlichen Anforderungen genügen wie jene des Kantons. Und eine Lehrperson darf nicht erst im Beschwerdeverfahren erfahren, ob grundlegende Standards an ihrer Schule tatsächlich gelten. Rechtsstaatlichkeit muss im Verfahren selbst funktionieren und nicht erst dann, wenn eine betroffene Person genügend Kraft, Zeit und Geld aufbringt, einen Entscheid anzufechten.

Die eingangs beschriebene Lehrperson hat sich gewehrt, und zwar innerhalb der zulässigen Frist von zehn Tagen, weil sie noch am selben Abend den LVB angerufen und sich beraten lassen hatte. Es sei noch einmal festgehalten: Für eine Lehrperson darf nicht entscheidend sein, ob ihr Lohn aus einer Gemeinde- oder der Kantonskasse stammt. Die Trägerschaft einer Schule darf unterschiedlich sein, der Anspruch auf rechtsstaatliches Handeln ist es nicht.

Rechtsgrundlagen

Bildungsgesetz Basel-Landschaft (SGS 640), insbesondere § 15 Abs. 1 lit. e, § 77 Abs. 1 lit. c und lit. d, § 82 Abs. 1 lit. f, j, k und l, § 82bis, § 87 Abs. 1 lit. a, § 88 Abs. 1 lit. g sowie § 91 Abs. 2 und Abs. 3; Verordnung zum Personalgesetz (SGS 150.11), § 1 Abs. 1 lit. b.

LCH-Befragung zur «inklusionsorientierten Schule» Gewaltige Lücke zwischen Wunsch und Wirklichkeit

von der LVB-Geschäftsleitung



Einige zentrale Befunde der LCH-Befragung mit über 10'000 Lehrpersonen: gesunkenes Leistungsniveau, leistungsstarke Schülerinnen und Schüler kommen zu kurz, massive Belastung durch herausforderndes Verhalten – und zwischen den Gelingensbedingungen und der Wirklichkeit klappt eine Lücke von bis zu 76 Prozentpunkten. Leider keine Überraschung.

Verschlechterungen aller Art

Über 10'000 Aktivmitglieder des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) haben zur «inklusionsorientierten Schule» Auskunft gegeben. Überdeutliche Mehrheiten geben an, die Entwicklung hin zur inklusionsorientierten Schule habe ihre Arbeitsbelastung erhöht, fühlen sich in Situationen mit herausforderndem Verhalten stark belastet und sehen leistungsstarke Schülerinnen und Schüler zu kurz kommen. 60 % der

Baselbieter resp. 52 % der übrigen Teilnehmenden finden, das allgemeine Leistungsniveau sei mit der inklusionsorientierten Schule gesunken.

Wunschdenken statt Realitätssinn

Für den LVB kommt dieses Ergebnis nicht überraschend: Er hat seit der Einführung der integrativen Schule wiederholt davor gewarnt, dass deren zentrale Voraussetzungen, allen voran genügend ausgebildetes Fachpersonal, weder vorhanden sind noch

auf absehbare Zeit beschafft werden können. Zudem hat der LVB von Anfang an in einer zusätzlichen Erhöhung der ohnehin enormen Heterogenität von Klassen in der Volksschule nicht nur Chancen erkannt, sondern auch Risiken der Überlastung gesehen. Eingeführt und ausgebaut wurde das System dennoch. Jetzt liegt die Quittung vor, ausgestellt von über 10'000 Fachpersonen: Die Schulen leisten, was sie können. Es fehlt nicht am Einsatz der Lehrpersonen. Das Kernproblem ist ein Auftrag, der nie realistisch ausgestaltet war.

Die Befragung von gfs.bern im Auftrag des LCH fand vom 2. bis zum 31. März 2026 statt. Die zentralen Ergebnisse, jeweils für die Sektion Basellandschaft und in Klammern für die übrigen LCH-Mitglieder:

Belastung

84 % (83 %) stimmen der Aussage zu, die Entwicklung hin zur inklusionsorientierten Schule habe ihre Arbeitsbelastung erhöht. 81 % (81 %) fühlen sich in Situationen mit herausforderndem Verhalten stark belastet. Nur 36 % (45 %) geben an, die Idee im Berufsalltag gut umsetzen zu können.

Bilanz

52 % (47 %) stimmen der Aussage zu, die inklusionsorientierte Schule sei gescheitert. 76 % (71 %) sehen leistungsstarke Schülerinnen und Schüler zu kurz kommen; 60 % (52 %) stimmen der Aussage zu, das allgemeine Leistungsniveau sei gesunken. Diese Rückmeldungen stehen in deutlichem Kontrast zu Stimmen aus der Bildungsforschung, wonach vom inklusiven Unterricht *alle* Schülerinnen und Schüler profitierten und Umsetzungsprobleme in erster Linie eine Frage der Haltung seien. Die Befragung stützt diese Deutung nicht: An der Haltung fehlt es gemäss den Daten gerade nicht, denn 97 % der Ba-

selbster Befragten halten eine positive Haltung aller Beteiligten für wichtig und 68 % erleben sie an ihrer Schule auch als gegeben.

Fehlende Voraussetzungen

99 % der Baselbieter Befragten beurteilen ausreichende zeitliche Ressourcen als wichtig für das Gelingen, aber nur 23 % sehen sie im Berufsalltag als gegeben. Bei den finanziellen Ressourcen beträgt das Verhältnis 98 zu 25 %, bei den personellen Ressourcen 98 zu 31 %, bei zeitnahen Diagnosen und Förderplänen 95 zu 27 %. 84 % beurteilen die Zeitspanne zwischen einem Unterstützungsantrag und dessen Umsetzung als zu lang.

Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität ist eklatant. Eine Lücke von bis zu 76 Prozentpunkten zwischen anerkannter Notwendigkeit und Realität im Schulzimmer ist kein Umsetzungsdetail; sie dokumentiert, dass hier seit Projektbeginn Wunschen an die Stelle realistischer Planung getreten ist. Die Verantwortlichen in der Politik, an den Pädagogischen Hochschulen und an der Hochschule für Heilpädagogik können diesen Befund nicht mehr ignorieren.

Zielerreichung

80 % bestätigen, dass Kinder mit besonderem Förderbedarf in Regelklassen integriert sind. Gleiche schulische und soziale Chancen für diese Kinder – das Hauptanliegen der Inklusion schlechthin! – sehen jedoch gerade einmal 28 % als verwirklicht, der tiefste Wert aller abgefragten Ziele der integrativen Schule.

Gewarnt, eingeführt, bestätigt

Der LVB hat die Risiken der flächendeckenden Integration seit deren Einführung wiederholt und öffentlich aufgezeigt, unter anderem in seiner Umfrage «Belastungsfaktoren im Lehrberuf» aus dem Jahr 2022. Die LCH-Berufszufriedenheitsstudie 2024 wies die Integrative Schule ebenfalls als Sorgenkind aus. Die Einschätzung des LVB lautete stets: Ein Auftrag, dessen Gelingensbedingungen von Beginn weg nicht gegeben sind, wird diese Bedingungen auch durch wie-

Zahlen kompakt

- **84 %** sagen, die Arbeitsbelastung sei durch die inklusionsorientierte Schule gestiegen.
- **81 %** fühlen sich durch herausforderndes Verhalten stark belastet.
- **76 %** sehen leistungsstarke Schülerinnen und Schüler zu wenig berücksichtigt.
- **60 %** stellen ein gesunkenes allgemeines Leistungsniveau fest.
- **36 %** können die Idee im Berufsalltag gut umsetzen.
- **28 %** sehen gleiche schulische und soziale Chancen für Kinder mit besonderem Förderbedarf – das Hauptanliegen der Inklusion – als verwirklicht.

Situative Neuausrichtung

- Verbindliche Mitsprache der Lehrpersonen bei Beschulungsentscheiden.
- Rasche, unbürokratische Zugänge zu separativen und teilseparativen Angeboten, wo sie dem Kind besser dienen.
- Die Möglichkeit, nicht gelingende Integrationen frühzeitig zu beenden.
- Entlastung dort, wo die Belastung nachweislich entsteht, insbesondere bei herausforderndem Verhalten und in den Verfahren.
- **Integration ja**, wenn sie pädagogisch sinnvoll, für das Kind passend und im Schulalltag leistbar ist.
- **Integration nein**, wenn dadurch der Unterrichtsbetrieb verunmöglicht oder die Belastung unzumutbar wird.

derholte Bekenntnisse nicht herbeizwingen können. Die vorliegende Befragung bestätigt diese Einschätzung – auch 15 Jahre nach der Einführung.

Position des LVB

Der LVB zieht aus diesen Ergebnissen einen klaren Schluss: Es ist nicht absehbar, dass die erforderlichen Ressourcen im erforderlichen Umfang je bereitgestellt werden – und selbst wenn, wäre auch dann nicht garantiert, dass ein stark dogmatischer Ansatz überhaupt funktionieren würde. Integration ja, wenn es für alle Direktbeteiligten sinnvoll und leistbar ist – aber Integration nein, wenn dadurch der Unterrichtsbetrieb verunmöglicht oder die Belastung unzumutbar wird.

Der LVB fordert deshalb – erneut – eine situative Neuausrichtung: verbindliche Mitsprache der Lehrpersonen bei Beschulungsentscheiden; rasche, unbürokratische Zugänge zu separativen und teilseparativen Angeboten, wo sie dem Kind besser die-

nen; die Möglichkeit, nicht gelingende Integrationen frühzeitig zu beenden; sowie Entlastung dort, wo die Belastung nachweislich entsteht, insbesondere bei herausforderndem Verhalten und in den Verfahren.

Dass dieser Handlungsbedarf im Kanton über die Parteigrenzen hinweg erkannt ist, zeigen zwei im Landrat (fast) einstimmig überwiesene Postulate: das Postulat 2023/62 von Anita Biedert-Vogt (SVP) zur Einführung von Förderklassen für verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler sowie das Postulat 2023/239 von Miriam Locher (SP), welche eine Anpassung der Kaskade zur separativen Beschulung und einen früheren Ausstieg aus integrativen Angeboten verlangt.



Postulat
Anita Biedert (SVP)



Postulat
Miriam Locher (SP)

SPRACHAUFENTHALTE

Sprachen lernen, wo sie gesprochen werden

Die Welt erleben, den Moment leben, Fremdsprachen lernen und den Horizont erweitern. Mit Linguista Sprachaufenthalte - über 13 Sprachen in mehr als 45 Ländern.

10% auf den
Sprachkurs für
Mitglieder



Sprachreisen für
Erwachsene



50plus
Sprachreisen



Work & Travel

zu den
Angeboten

Scan me!



Erwachsene | 50plus | Business | Work & Travel

www.linguista.ch



Was verbindet Sie mit Ihrer Bank?

Geld. Und was Ihre Bank damit macht. Gesellschaftliches Handeln ist für uns selbstverständlich – schliesslich gehörten Gewerkschaften und Genossenschaften zu unseren Gründern. LCH und die Bank Cler, das passt – deshalb sind wir seit vielen Jahren Partner. Davon profitieren auch Sie – ob Zahlen und Sparen, Anlegen, Hypotheken oder Finanzplanung: cler.ch/lch

LCH-Spezial:
10% Bonus
auf Einzahlungen
in die Anlagelösung
Nachhaltig*

*Die Bank Cler schenkt Ihnen als LCH-Mitglied 10% Bonus auf Ihre Einzahlungen in die Anlagelösung, die 10000 CHF übersteigen. Bis maximal 500 CHF pro Jahr. Dieses Angebot gilt in den ersten beiden Jahren, nachdem die Bank Cler Sie als Mitglied erfasst hat. cler.ch/lch

Diese Angaben dienen ausschliesslich Werbezwecken. Für die Strategiefonds verweisen wir auf den Prospekt und die Wesentlichen Anlegerinformationen. Sie können diese kostenlos auf unserer Webseite unter cler.ch sowie in Papierform in allen Geschäftsstellen der Bank Cler, bei der Fondsleitung oder bei der Depotbank beziehen.

Zeit, über Geld zu reden.

Bank
Banque
Banca

CLER

Protokoll DV 2.2025/26

vom Mittwoch, dem 18. März 2026,

19.30 – 21.05 Uhr, Coop Tagungszentrum, MuttENZ

von Roger von Wartburg

1. Begrüssung, Übersicht, Stimmenzähler

Philipp Loretz heisst die Anwesenden willkommen und begrüsst speziell Bildungsdirektor Markus Eigenmann, AVS-Leiter Beat Lüthy, anwesende Landratsmitglieder sowie die LVB-Ehrenmitglieder Gabriele Zückert und Christine Weiss.

Als Stimmenzähler werden Philippe Peter und Walter Widmer in stiller Wahl gewählt.

Die Traktandenliste wird mit der Ergänzung einer zusätzlichen Statutenanpassung von § 31 (Traktandum 3) genehmigt.

Statutarische Geschäfte

Stimmberechtigt sind die Delegierten.

2. Protokoll der DV/MV vom 17. September 2025

Ph. Loretz dankt R. von Wartburg speziell für das lebendige Einfangen der Verabschiedung von Bildungsdirektorin Monica Gschwind.

Das Protokoll wird ohne Gegenstimmen oder Enthaltungen genehmigt und dem Verfasser verdankt.

3. Statutenanpassungen § 31 und § 37

B. Hänni tritt ans Mikrofon und erläutert die Anpassungen. Bei § 31 gehe es lediglich darum, die Statuten der Vereinsrealität anzupassen. Da es im LVB das Amt des Aktuarin resp. des Aktuars nicht mehr gibt, sei der Paragraph entsprechend anzupassen.

bisherige Formulierung:

31. Fälligkeit und Inkasso
31.1 Alle Beiträge werden per 1. Oktober des Geschäftsjahres fällig. Das Inkasso erfolgt zentral nach LVB-Auf-

**LVB-Delegierte: total 105, anwesend 60
weitere anwesende Mitglieder ca. 40
Vorsitz: Philipp Loretz**

Traktanden:

1. Begrüssung, Übersicht, Stimmenzähler

Statutarische Geschäfte

2. Protokoll der DV/MV vom 17. September 2025

3. Statutenanpassungen § 31 und § 37

4. Wahl der LCH-Delegierten des LVB für die Amtsperiode 2026-2030

5. Wahl des LVB-Kantonalvorstands für die Amtsperiode 2026-2030

6. Wahl des LVB-Präsidiums für die Amtsperiode 2026-2030

Berufspolitische Geschäfte

7. Podium mit dem neuen Bildungsdirektor Markus Eigenmann

trag. Beitragsfreie Mitglieder erhalten ihren Ausweis direkt vom Aktuar bzw. der Aktuarin.

neue Formulierung:

31. Fälligkeit und Inkasso
31.1 Alle Beiträge werden per 1. Oktober des Geschäftsjahres fällig. Das Inkasso erfolgt zentral nach LVB-Auftrag.

Die Änderung wird ohne Wortmeldungen einstimmig angenommen.

Zu § 37 ergehen folgende Erläuterungen: Der LVB hat seine Jahresrechnung bis anhin im Rahmen einer ordentlichen Revision prüfen lassen. Angesichts der Vereinsgrösse und -struktur ist eine eingeschränkte Revision ab dem Geschäftsjahr 2026/27 die verhältnismässige Lösung. Sie stellt weiterhin eine unabhängige ex-

terne Prüfung der Jahresrechnung sicher, jedoch mit einem Umfang und Kostenrahmen, der dem Risikoprofil und der Vereinsrealität besser entspricht. Die frei werdenden Mittel können gezielter für den eigentlichen Vereinszweck zugunsten der Mitglieder eingesetzt werden. Die Revisionsstelle soll neu jährlich durch die DV gewählt werden, was die Transparenz und demokratische Legitimation zusätzlich stärkt.

bisherige Formulierung:

37. Revisorat

37.1 Die Revision der LVB-Rechnungen wird durch eine externe Revisionsstelle durchgeführt. Diese wird vom KV auf Antrag der GL auf eine Amtsperiode bestimmt.

37.2 Die Revisionsstelle kann von der Finanzverwaltung auch konsultativ beansprucht werden.



neue Formulierung:

37. Revisorat

37.1 Die Jahresrechnung des LVB wird durch eine externe Revisionsstelle im Rahmen einer eingeschränkten Revision geprüft. Die Revisionsstelle wird von der Delegiertenversammlung (DV) jeweils für ein Jahr gewählt. Eine Wiederwahl ist zulässig.

37.2 Die Revisionsstelle kann von der Finanzverwaltung bei Bedarf auch konsultativ beigezogen werden. Dies erfolgt ohne Ausweitung des Revisionsauftrags; die Unabhängigkeit der Revisionsstelle bleibt gewahrt.

Die Änderung wird ohne Wortmeldungen einstimmig angenommen.

4. Wahl der LCH-Delegierten des LVB für die Amtsperiode 2026-2030

Ph. Loretz bezeichnet das Amt der LCH-Delegierten als Schlüsselfunktion, weil diese u.a. bestimmen, wer den Dachverband LCH auf nationaler Ebene vertritt (Geschäftsleitung und leitende Mitarbeitende); zudem entscheiden sie über die verbandspolitischen Grundsätze, die Jahresrechnung, das Budget und die Jahresplanung.

Zur Wahl stellen sich die bisherigen LCH-Delegierten Henjo Göppert, Benjamin Hänni und Dennis Krüger sowie die beiden neuen Kandidierenden Christine Hadasch und Lukas Erni. Ph. Loretz bittet die anwesenden Kandidierenden, kurz aufzustehen.

Die LCH-Delegierten werden in globo einstimmig gewählt. Ph. Loretz gratuliert den Gewählten und freut sich auf die Zusammenarbeit.

5. Wahl des LVB-Kantonalvorstands für die Amtsperiode 2026-2030

Ph. Loretz ruft die wichtigsten Aufgaben des Kantonalvorstands in Erinnerung, der als eine Art «Verwaltungsrat» des LVB fungiere: Er berät und beschliesst laufende Verbandsgeschäfte, setzt Beschlüsse der DV um und entscheidet über Rechtsschutzfragen und -massnahmen zur Wahrung der Interessen der LVB-Mitglieder.

Da der GBL-Vertreter Michael Bürgin unlängst aus persönlichen Gründen seinen Rücktritt erklärt hat, tritt mit Matthias Herrmann eine neue GBL-Vertretung zur Wahl an. Weil M. Herrmann nicht persönlich anwesend

sein kann, erwähnt Ph. Loretz einige zentrale Punkte zu seiner Person: Er stammt ursprünglich aus der Region Winterthur, lebt heute in Olten und unterrichtet Chemie am Gymnasium Laufen. Vor seiner Laufbahn als Lehrer arbeitete in der Industrie.

Neben M. Herrmann stellen sich die folgenden Personen zur Wiederwahl: Blauboer Michèle, Chevrolet Mirjam, Da Zanche Nicole, Erni Lukas, Hänni Benjamin, Loppacher Martin, Loretz Philipp, Marbacher Adrian, Oser Isabella, Peter Philippe, Szabo Séverine, Thommen Sascha, von Wartburg Roger und Zuberbühler Rico. Die anwesenden Kandidierenden stehen auf.

Der LVB-Kantonalvorstand wird in globo einstimmig gewählt. Ph. Loretz gratuliert den Gewählten und zeigt sich motiviert hinsichtlich des weiteren Zusammenwirkens.

6. Wahl des LVB-Präsidiums für die Amtsperiode 2026-2030

R. von Wartburg übernimmt das Wort und sagt, er freue sich sehr darüber, diese Wahl durchführen zu dürfen. Wer schon länger beim LVB mit dabei sei, wisse wahrscheinlich, dass

Ph. Loretz 2022 das Amt des LVB-Präsidenten von R. von Wartburg übernommen habe. Spannenderweise sei Ph. Loretz zwar älter als sein Vorgänger, sehe aber jünger aus – doch darauf solle an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden.

Da sie schon seit vielen Jahren in der Geschäftsleitung sehr intensiv zusammenarbeiteten, kenne er Ph. Loretz bestens. Dieser sei mittlerweile nicht nur ein Kollege, sondern auch ein enger Freund geworden. Umso mehr freue es ihn, dass Ph. Loretz sich bereit erklärt habe, für eine zweite Amtsperiode zu kandidieren.

R. von Wartburg sagt, Ph. Loretz habe das LVB-Networking während seiner ersten Amtsperiode als Präsident auf ein neues Niveau gehoben, und zwar sowohl in die Politik als auch in andere Verbände und in die Wirtschaft hinein. Das sei beeindruckend, erfordere aber auch einen sehr grossen Aufwand. Zudem Sorge er für eine hohe Medienpräsenz des LVB, was wichtig sei für die Sicht- und Hörbarkeit des

Verbandes. Medienarbeit sei höchst anspruchsvoll und bedinge sorgfältige Vorarbeiten; Ph. Loretz tue dies sehr gewissenhaft und hole sich stets auch Einschätzungen von Personen ein, die zu gewissen Themen noch besser Bescheid wüssten als er. Trotz aller Bemühungen gingen im Anschluss an Medienauftritte oft unfaire, teils gar unflätige Feedbacks ein. Damit müsse man umgehen können, es koste aber auch Energie.

Ph. Loretz sei ein akribischer Arbeiter, der sich auf die Sitzungen in den vielen Gremien minutiös vorbereite. Er könne auch deshalb oft Einfluss nehmen, weil er schlicht besser vorbereitet auftrete als andere und nicht selten bereits konkrete Vorschläge mitbringe, die zuvor in der LVB-Geschäftsleitung erarbeitet wurden.

Was ihn besonders auszeichne, sei seine Hartnäckigkeit. Er gebe nicht auf, wenn ihm ein Thema am Herzen liege. Überdies verfüge er über eine gute Menschenkenntnis und sein Wissen über die versteckten Aussagen

hinter Mimik und Gestik helfe ihm in angeregten Diskussionen. R. von Wartburg bezeichnet Ph. Loretz als Glücksfall für den LVB und empfiehlt ihn uneingeschränkt und voller Überzeugung zur Wiederwahl. Die Anwesenden spenden Applaus für diese Wahlempfehlung.

Ph. Loretz wird einstimmig zum LVB-Präsidenten für die Amtsperiode 2026-2030 gewählt. R. von Wartburg gratuliert ihm unter lang anhaltenden Beifall zur Wiederwahl.

Ph. Loretz bedankt sich bei R. von Wartburg für die wertschätzenden Worte und bestätigt die erquickliche Zusammenarbeit mit ihm sowie den anderen Geschäftsleitungs- und Kantonalvorstandsmitgliedern.

M. Chevrolet vom Kantonalvorstand überreicht den Geschäftsleitungsmitgliedern ein kleines Präsent, was erneut mit Applaus quittiert wird.

Ph. Loretz betont die Wichtigkeit des gemeinsamen Arbeitens und Ringens



um gute Lösungen aller involvieren Kräfte zugunsten der Baselbieter Schulen. Während der Amtszeit von Bildungsdirektorin Monica Gschwind habe man hier ein wertvolles Fundament aufbauen können und er hoffe, dass es in ähnlichem Stil weitergehen werde.

Berufspolitische Geschäfte

7. Podium mit dem neuen Bildungsdirektor Markus Eigenmann

Roger von Wartburg (RvW) übernimmt die Moderation des Podiums mit Regierungsrat Markus Eigenmann (ME) und Philipp Loretz (PL). Nach einer kurzen Aufwärmrunde mit persönlich gefärbten Fragen aus dem durch den französischen Schriftsteller Marcel Proust berühmt gewordenen Fragebogen geht es zunächst um ME's Einstieg in das neue Amt. RvW möchte wissen, wie sein erster Tag im neuen Büro als Vorsteher der BKSD abgelaufen sei.

ME sagt, er habe auf Empfehlung seiner Kommunikationschefin bereits am allerersten Tag die Medien empfangen. Seine erste «Amtshandlung» habe darin bestanden, seine Qlocktwo-Uhr, die er bereits als Gemeindepräsident von Arlesheim besessen hatte, auszupacken und in Betrieb zu nehmen, damit die Medienvertreter in seinem damals noch fast gänzlich leeren Büro doch ein Sujet vorgefunden hätten.

Auf RvW's Frage nach allfälligen Veränderungen des Büros im Vergleich zu Monica Gschwinds Zeiten sagt PL, er empfinde den Raum als luftiger; so habe die letzte Besprechung an einem höhenverstellbaren Tisch stattgefunden, stehend, nicht sitzend. Das habe ihm gefallen, denn er sei der Ansicht, man fälle die besten Entscheidungen beim Laufen, die zweitbesten im Stehen und die schlechtesten im Sitzen. ME ergänzt, er habe den Tisch von Monica Gschwind übernommen, er wolle sich nicht mit fremden Federn schmücken. Die von PL beschriebene Luftigkeit rühre wohl daher, dass er

ME die alten Vorhänge habe abnehmen lassen.

RvW erzählt, Monica Gschwind habe an ihrer Abschlussfeier im Dezember betont, die BKSD sei personell sehr gut aufgestellt. RvW möchte von ME wissen, wie er vorgehe, um sich einen Überblick und ein Bild von den vielen Mitarbeitenden in dieser grossen Direktion verschaffen zu können.

ME streicht heraus, dass die BKSD ca. 3000 Mitarbeitende umfasse, davon rund 500 in der Verwaltung. Für einen ersten kurzen Austausch habe er an seinem ersten Arbeitstag nach dem Medientermin alle Mitarbeitenden «im Haus» bei einem Kaffee und alle Dienststellenleitenden bei einem Zvieri getroffen. Er sei der Meinung, man sollte möglichst rasch alle Menschen, denen man täglich begegne, kennen, und die direkt Unterstellten seien die wichtigsten Ansprechpersonen bei der Umsetzung von Projekten. An besagtem Zvieri habe er den Dienststellenleitenden gesagt, die zweite Sitzung und auch die späteren würden nicht wieder in der BKSD, sondern jeweils in einer Dienststelle stattfinden. Die BKSD sei räumlich ja ziemlich zersplittert, was dahingehend ein Nachteil sei, dass man viele wichtige Bezugspersonen nicht immer in der Nähe habe. Deswegen wolle er die verschiedenen Dienststellen kennenlernen und auch den jeweiligen «Groove» vor Ort spüren. In der Zwischenzeit habe er fast alle Dienststellen bereits einmal besuchen können.

Darüber hinaus sei sich ME bewusst, dass ein Landrats- oder Regierungsgeschäft, das zu ihm komme, schon mehrfach durch Interpretationen, Korrekturen und Validierungen «gefiltert» worden sei; am Ende seien die Direktbetroffenen eigentlich nicht mehr involviert. Ihm sei der Kontakt zur Basis jedoch sehr wichtig, auch wenn dieser nicht immer repräsentativ sein könne, wenn man mit irgendjemandem aus der Schule X oder der Sportart Y spreche; dennoch gelte es herauszufinden, was die Menschen beschäftige und worin die Alltagspro-

bleme bestünden. Deswegen habe er die regelmässigen Schulbesuche, die Monica Gschwind sehr gepflegt hatte, ebenfalls von Anfang an eingeplant. Das Ziel sei ein Schulbesuch pro Monat. Natürlich besuche er auch Mitarbeitende und Arbeitsplätze der Bereiche Kultur und Sport. Gewisse Freiräume in den Sportferien habe er für Direktgespräche mit Personen genutzt, die sich an ihn gewandt hatten, so mit einem Sekundarlehrer und Verantwortlichen eines Theaters. Das sehe die Verwaltung nicht immer gerne, seine spontanen Gespräche würden manchmal ein wenig Nervosität auslösen, aber er halte das für wichtig, zumal er stets offenlege, was die Möglichkeiten eines solchen Gesprächs seien – und was nicht.

RvW möchte von PL wissen, welche Attribute er dem neuen Bildungsdirektor nach den ersten zweieinhalb Monaten im Amt zuschreibe. PL erwähnt als erstes die sehr schnelle Auffassungsgabe; ME habe sich innert kürzester Zeit in diverse anspruchsvolle Themen eingelesen und dadurch von Beginn an Sitzungen des Bildungsrats souverän geleitet. Man spüre ME's Führungserfahrung auch durch die Art der Sitzungsleitung, die effizient sei; die Teilnehmenden könnten sich äussern und ME höre gut zu, er lege aber auch Wert auf ein Vorkommen und Sorge dafür, dass die anberaumte Sitzungszeit eingehalten werde. Höchst positiv angetan zeigt sich PL von der Art, wie ME auf die Menschen zugehe und jederzeit auch zu einem spontanen Austausch bereit sei. Bei einem Medienbericht von der «tunBasel» habe PL die Begeisterung des Ingenieurs ME durch das Mikrofon hindurch gehört; das sei Ausdruck von ME's Lebendigkeit, die man auf den ersten Blick vielleicht nicht so erwartet hätte. ME gehe zielgerichtet vor, analytisch und dynamisch. So dürfe es auf jeden Fall weitergehen.

RvW gibt nun ME seinerseits die Möglichkeit, seine ersten Eindrücke von PL zu erläutern. ME sagt, PL sei ein höchst aktiver Teilnehmer der Bildungsratssitzungen und tatsächlich, wie RvW in seiner Wahlempfehlung

erwähnt habe, immer sehr gut vorbereitet. Ganz allgemein erlebe er den LVB nicht als reine Arbeitnehmerorganisation, sondern als Institution, die sich mit sämtlichen Bildungsthemen auseinandersetze und Positionen dazu entwickle und vertrete. Der LVB sei mehr als eine Gewerkschaft und das merke man in den Sitzungen.

RvW hält fest, dass Monica Gschwind grossen Wert darauf gelegt habe, möglichst viele Anspruchsgruppen aus dem Bildungsbereich miteinzubeziehen; auch darum habe sie viele neue Gremien ins Leben gerufen während ihrer Amtszeit. Ob ME an diesem Grundsatz festhalten wolle oder ob er bereits Bereiche ausgemacht habe, wo es aus seiner Sicht Anpassungen brauche.

ME meint, er sei noch immer dabei, sich einen Überblick zu verschaffen. Es gebe einige wenige Gremien, die er noch nicht kennengelernt habe, weil sie nicht so häufig tagen würden. Er wolle sich in den Osterferien Zeit nehmen, um über allfällige Anpassungen nachzudenken, wobei er nicht das Bedürfnis habe, nach 77 Tagen im Amt eine grosse Reorganisation in die Wege zu leiten. Mit der bestehenden Organisation lasse sich gut arbeiten. Reorganisationen hätten den Nachteil, dass man sich dann ständig mit der Organisation, aber nicht mit den Inhalten beschäftige. Wichtig seien aber die Inhalte, um den Kanton voranzubringen. Auf die Verwaltung komme dann eine grosse Veränderung zu, wenn das berühmte neue Verwaltungsgebäude bezugsbereit sei. Dadurch werde die BKSD weitgehend in einem Gebäude zusammengefasst, was zwangsläufig Veränderungsprozesse und einen Kulturwandel auslösen werde, weg von den einzelnen Dienststellen an ihren jeweiligen Standorten, hin zu einem gemeinsamen Ganzen.

Als erstes spezifisches bildungspolitisches Thema leitet RvW zum Fremdsprachenunterricht über. Monica Gschwind hatte vor ihrem Abgang noch eine grosse Studie dazu in Auftrag gegeben. Gestritten wer-

de seit Jahren nicht nur, aber auch über den geeigneten Startzeitpunkt des Fremdsprachenunterrichts. Ob ME hierzu schon konkrete Vorstellungen habe, um den Gordischen Knoten durchtrennen zu können.

ME stellt fest, dass das Thema «Fremdsprachen» genau wie jenes des Verhältnisses zur PH FHNW oder der Finanzierung der Universität Basel, die alle während des Wahlkampfes von Interesse gewesen seien, sich auch nach seinem Amtsantritt als relevant bestätigt hätten. Vielerorts werde darüber nachgedacht und daran gearbeitet. Beim Sprachenkonzept sei es tatsächlich so, dass Monica Gschwind mit dem Bildungsrat die Standortbestimmung noch eingeleitet habe. Die Ergebnisse lägen nun vor und seien just heute Nachmittag dem Bildungsrat erstmals präsentiert worden. Im April werde es darum gehen, sich im Bildungsrat über das weitere Vorgehen zu einigen. Ein Ergebnis der Studie bestehe darin, dass der Startzeitpunkt des Unterrichts ein wesentlicher Faktor sei, aber nicht der einzige. Alle Bemühungen seien am Erfolg des Sprachunterrichts auszurichten. Dieser Erfolg sei aktuell nicht in genügendem Mass gegeben. Entsprechend müsse etwas verändert werden. Ein Patentrezept habe er derzeit aber noch nicht. Eine einzelne, isolierte Anpassung dürfte kaum den grossen Erfolg bringen und Veränderungen bei den Fremdsprachen in der Stundentafel hätten ja immer Auswirkungen auf alle anderen Fächer. Das Ziel sei ein besseres Resultat am Ende der Volksschule, aber man dürfe auch keine Schnellschüsse vornehmen, die dann ihrerseits schon kurze Zeit später wieder korrigiert werden müssten. Zudem wolle er Anpassungen mindestens in Absprache mit Basel-Stadt realisieren.

RvW ruft in Erinnerung, dass der LVB sich schon sehr früh kritisch gegenüber dem bestehenden Sprachenkonzept der EDK positioniert hatte, was auch in mehreren Mitgliederbefragungen bestätigt worden sei. Er fragt PL, ob er Anzeichen erkenne, dass sich in dieser Thematik endlich etwas in

eine Richtung zu bewegen beginne, die den Anliegen der LVB-Basis Rechnung trage.

PL zögert mit einer Antwort, bis er sich zur Aussage durchringt, er sei «vorsichtig optimistisch». Da springt ihm ME beiseite und führt aus, in der neuesten Ausgabe des «lvb inform» sei doch zu lesen gewesen, allein die Tatsache, dass alle Kandidierenden im Wahlkampf veränderungswillige Äusserungen zum Fremdsprachenunterricht getätigt hätten, sei ein positives Zeichen. PL bestätigt, dass man in der Politik jetzt Dinge äussern könne, für die man vor ein paar Jahren noch heftigst kritisiert worden wäre, was auch damit zusammenhänge, dass in diversen anderen Kantonen bereits Beschlüsse gefasst wurden, die einen Richtungswechsel markieren. Mit den Drohgebärden von Bundesrätin Baume-Schneider habe er grosse Mühe. Wer den Untergang der Schweiz herbeiredete, falls die Kinder später mit dem Französisch in der Schule begännen, sei auf dem Holzweg; würde das zutreffen, wäre das Tessin schon längst eine italienische Provinz, denn in der Deutschschweiz lerne man nicht ab der 3. Klasse Italienisch. Die Grundproblematik des Französischunterrichts auf der Primarstufe bestehe darin, dass keine der wichtigen Bedingungen erfüllt seien: Die Stundendotation sei zu niedrig, es gebe zu wenige qualifizierte Lehrpersonen und es fehle auch an Nachwuchs usw. Joscha Fischer habe recht gehabt mit der Aussage, wonach scheitere, wer das Wünschbare mit dem Machbaren verwechsle.

PL sei froh, wenn man die Thematik ganzheitlich anschau, wobei er gewisse Studienergebnisse attestiere, dass auch der Durchschnittsbürger auf der Strasse zu denselben Schlüssen gekommen wäre. Die Kernfragen blieben, woher man die geeigneten Lehrpersonen, die zielführenden Lehrmittel und die erforderliche Unterrichtszeit hernehmen wolle. Als er mit Unterrichten begonnen hatte, habe man auf der damals noch vierjährigen Sekundarstufe I bis zu fünf Wochenlektionen Französisch ge-

habt. Heute habe man während mehr Schuljahren viel weniger Intensität. Er warne davor, zu glauben, mit dem Verstellen einiger Schrauben würde alles gut. Er sei ausgebildeter Französischlehrer und ihm tue es leid um die schöne Sprache, deren Unterricht man schlicht an die Wand gefahren habe. Entscheidend sei allein, dass die Jugendlichen am Ende der Volksschule über passable Französisch-Kenntnisse verfügten. Neben den genannten Herausforderungen müsse auch die didaktische Ausbildung an der PH umgestellt werden, denn dort sei man noch immer der Auffassung, ihr Mehrsprachigkeits-Konzept sei der Weisheit letzter Schluss, obwohl dies im klaren Widerspruch zur Realität stehe.

Aus PL's Sicht müsse man mutig sein und sich eingestehen, die Primarstufe in den letzten Jahren überfrachtet zu haben. Man sei inhaltlich immer mehr in die Breite gegangen und gelange darum nirgends mehr in die Tiefe. Viele Grundlagen fehlten. Zudem müsse man zur Kenntnis nehmen, dass mittlerweile 37 % der Kinder in der Baselbieter Volksschule fremdsprachig seien, Tendenz steigend; 25 % der Jugendlichen könnten Ende Volksschule einfache Texte auf Deutsch nicht verstehen. Da müsse man schon priorisieren, was für die Integration in den Arbeitsmarkt und hinsichtlich gesellschaftlicher Teilhabe am wichtigsten sei.

ME unterstützt PL dahingehend, dass er das Argument des nationalen Zusammenhalts im Kontext des Startzeitpunkts des Fremdsprachenunterrichts auch nicht nachvollziehen könne. Entscheidend sei, er wiederhole sich, was am Ende der Volksschule beherrscht werde. Zudem sei der Französischunterricht mitnichten der einzige Ort, wo man an den Schulen den nationalen Zusammenhalt fördern könne. In der Schweiz bestehe eine einzigartige Chance in Gestalt von Austausch- und Begegnungsmöglichkeiten über die Sprachgrenzen hinweg. Ihm liege das Französisch auch am Herzen, er habe selbst in Lausanne studiert, nicht zuletzt, weil er



sich gegen Ende seiner Gymnasialzeit doch noch ein wenig für diese Sprache begeistern können.

RvW verknüpft die Fremdsprachenthematik in der Folge mit der rasanten Entwicklung von KI und stellt dem aufgrund seines beruflichen Hintergrunds sicherlich technologie-affinen ME die Frage, ob er glaube, dass in zehn bis fünfzehn Jahren Fremdsprachen an den Schulen überhaupt noch so gelehrt und gelernt würden wie heute oder ob dann sowieso alle einen Knopf im Ohr hätten, der alles, was man in verschiedenen Sprachen höre, simultan übersetze.

ME hält die Frage für legitim, allein schon, wenn man sich vor Augen führe, wie viel besser verschiedene Übersetzungs-Tools in den letzten paar Jahren geworden seien. Er kenne das aus dem geschäftlichen Umfeld, wo die Qualität der Übersetzungen auch bei präzisen Anforderungen mittlerweile gewaltig sei. Bei Übersetzungen von juristischen Verträgen mit KI komme man dem Ziel schon recht nahe, auch wenn es heute am Ende noch immer von Menschen überprüft werden müsse. Nicht nur hinsichtlich Sprachen, auch sonst werde KI der Bevölkerung Möglichkeiten verschaffen, die sie zuvor noch nie gehabt habe. Sicherlich werde diese Entwicklung auch Einfluss ausüben auf das Schulsystem und den Unterricht. Wo die

Reise genau hinführen werde, sei schwierig zu antizipieren, aber genau das werde zu den wichtigsten Aufgaben der Bildungspolitik gehören.

RvW reicht die Frage an PL weiter und möchte wissen, ob Fremdsprachen-Lehrpersonen schon Dinosaurier seien, die in absehbarer Zeit aussterben würden. PL's Tochter befinde ja aktuell im Studium zur Englisch-Lehrerin. RvW fragt sich, ob es diesen Beruf auf lange Sicht noch geben werde.

PL möchte differenzieren. Wenn man in ein englischsprachiges Gebiet reise, um jemanden zu treffen, dann werde man wohl auch in Zukunft noch miteinander kommunizieren wollen, ohne permanent auf Übersetzungen setzen zu müssen. Er stelle das jeweils fest, wenn er seine ehemalige Gastfamilie in England besuche, bei denen er in den 1990er Jahren sein Englisch verbessert hatte. Selbstverständlich unterhalte man sich auf Englisch, und wenn er und seine Frau sich zwischendurch auf Schweizerdeutsch unterhielten, würden sie beinahe als andere Menschen wahrgenommen. Gleichzeitig müsse man die Realitäten anerkennen. Auf LinkedIn habe er unlängst eine Antwort aus Peru auf Spanisch erhalten. Mit einem Klick habe er erfahren können, was die andere Person geschrieben habe. Betreffend Englisch habe er schon das Gefühl, dass viele Jugendliche diese



Markus Eigenmann überzeugte mit einem souveränen und humorvollen Auftritt.

Sprache selbst beherrschen möchten, erst recht, wenn sie Filme und Serien auf Englisch konsumieren würden. Ob das für Französisch in vergleichbarem Masse gelte, sei zweifelhafter. KI sei da und schreite voran, es führe kein Weg daran vorbei. Das könne einem Sorgen bereiten, man könne aber auch die grossen Chancen darin erkennen. Er halte Prognosen für schwierig.

RvW gibt an, nun einen überleitungs-freien, abrupten Themenwechsel zu vollführen und fragt ME, ob er in seinem Büro eine Klimaanlage habe. Die Frage ruft einiges Gelächter hervor. ME verneint. RvW führt aus, dass bereits einige wärmere Tage hinter uns liegen und sich die Situation erfahrungsgemäss vor und nach den Sommerferien intensivieren werde, was zu unerträglichen Zuständen in vielen Schulzimmern führe. Gemäss Prognosen werde sich die Anzahl Hitzetage in den kommenden Jahrzehnten vervielfachen. Er möchte von ME wissen, wie er gedenke, den beschriebenen Zuständen an den Schulen Abhilfe schaffen zu wollen.

ME greift auf, was PL zuvor in einem anderen Zusammenhang gesagt hat-

te: Man müsse das Machbare vom Wünschbaren trennen und einen differenzierten Ansatz pflegen. Nicht in jedem Schulhaus seien alle Schulzimmer gleich erhitzt. Die gute Nachricht sei, dass mit dem Umbau der Energieversorgung Klimaanlage nicht mehr derart politisch tabuisiert seien wie noch vor wenigen Jahren. Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern würden heute um die Mittagszeit so viel Strom erzeugen, dass er gar nicht verbraucht werden könne. Auch darum dürfte es mittlerweile politisch opportuner sein, Klimaanlage für Schulen zu fordern. Das Klimaanlagen-Verbot im Kanton Baselland müsse in Frage gestellt werden. Die schlechte Nachricht sei, dass Infrastruktur-Massnahmen immer viel Zeit bräuchten. Es werde nicht möglich sein, auf das kommende Schuljahr hin flächendeckend alle Schulen mit Massnahmen abzudecken. Mit den bestehenden Mitteln gelte es, dort zielsicher zu investieren, wo eine Wirkung erzielt werden könne. ME hat den Eindruck, dass bei der Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD), welche die kantonalen Schulen verantworte, das Thema bei Neubauten sehr präsent sei. Die grosse Herausforderung bestehe im Hinblick auf bestehende Schulbau-

ten. Bei den Gemeinden sei die Problematik ebenfalls erkannt worden, womöglich könne man noch besser sensibilisieren dafür.

PL gibt an, in dieser Angelegenheit mehr als «vorsichtig optimistisch» zu sein. Politische Vorstösse hätten dazu geführt, dass bei Neubauten Kühlsysteme fest eingeplant würden und auch bei Sanierungen versuche man, entsprechende Wirkungen zu erzielen. Positiv stimme ihn das technische Knowhow von ME, der sich mit Fragen rund um Stromerzeugung und -nutzung auskenne. Wichtig sei, dass man nicht einfach zuwarten könne, bis sämtliche Schulhäuser einmal saniert würden, das dauere ja noch Jahrzehnte. Man müsse pragmatisch vorgehen. Temperaturmessungen seien bedeutsam, um die «Hotspots» zu eruieren und dann situativ die dringlichsten Massnahmen zu ergreifen. Was er einfach von der Politik und Verwaltung nicht mehr hören wolle und könne, seien sogenannte «kurzfristige Massnahmen» wie «in den Wald oder in den Keller gehen mit den Klassen». Bis er an seinem Arbeitsort mit einer Klasse den Wald erreichen würde, wäre die Hälfte der Klasse geschmolzen. Und im Keller habe es beim besten Willen doch nicht Platz für sämtliche Klassen eines Schulhauses. Anstelle solcher Empfehlungen wäre sogar Schweigen die bessere Wahl.

PL ist froh über die Unterstützung des Dachverbandes LCH in dieser Frage. An der kommenden Präsidienkonferenz LCH werde ein neues Positionspapier zum Hitzeschutz besprochen. Das erklärte Ziel sei, dass die arbeitsmedizinischen Qualitätsnormen des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) auch für Schulen gälten, also Temperaturen zwischen 21 und 23 Grad, Luftfeuchtigkeit zwischen 30 und 60 Prozent und weitere Elemente. Das brauche es in allen Schulen. Man könne es sich schlicht nicht leisten, wenn 20 Prozent der Unterrichtszeit durch die Hitze unwirksam bleibe. Bei 34 Grad im Zimmer könne man nicht mehr lernen. PL weist darauf hin, dass am Gymnasium Liestal ein Messraum eingerichtet wor-

den sei; man könne online den Verlauf von Temperatur und Luftfeuchtigkeit jederzeit verfolgen. Und eben: Im Winter werde auch nicht darüber diskutiert, ob man heizen solle. Dasselbe Verständnis brauche es betreffend Kühlung im Sommer.

RvW greift ein Thema aus dem Ressort «Beratung und Rechtshilfe» auf. Isabella Oser als Ressortleiterin habe oft mit Konflikten zwischen Lehrpersonen und Schulleitungsmitgliedern zu tun. ME habe im Wahlkampf die Bedeutung der Autonomie der einzelnen Schulleitungen herausgestrichen. Zudem sei ME selbst als Unternehmer tätig gewesen. RvW interessiere das Bild, das ME von Schulleitungen habe; ob diese aus seiner Sicht eher «Unternehmer» oder «Filialleiter» seien.

ME sagt, sie seien weder das eine noch das andere. Seine Wunschvorstellung wäre es, dass Schulleitungen noch mehr unternehmerisch tätig sein könnten – soweit möglich in einem kantonalen Schulsystem – und nicht pure Vollzugsstellen seien. Er habe das Thema «Autonomie» im Wahlkampf bewusst gewählt und es auch nicht allein auf die Schulen bezogen, es sei weit vielschichtiger. Er sei überzeugt davon, dass es eine gewisse Vielfalt brauche im Bildungssystem, auch wenn der Gedanke der Harmonisierung dem entgegenstehe. Innovationen entstünden immer durch Vielfalt und Freiräume; an den Universitäten etwa werde die Unabhängigkeit der Forschung betont hochgehalten, wider eine zu starke Einmischung durch die Politik. Er glaube, dass sich dies ein Stück weit auch auf das Schulsystem übertragen lasse.

Aus seiner eigenen Schulzeit seien ME jene Lehrpersonen in Erinnerung geblieben, die sich durch Begeisterung für die Materie und Leidenschaft zugunsten ihrer Fächer ausgezeichnet hätten. Diese Lehrpersonen seien keine reinen Konformisten gewesen, die lediglich etwas vollzogen hätten. Deswegen beginne Autonomie im schulischen Bereich für ihn bei der einzelnen Lehrperson; die geleitete Lehrmittelfreiheit sei dabei ein wichti-

ges Element. Das Ziel des wirksamen Unterrichts stehe im Vordergrund, der Weg dorthin dürfe aber nicht bis ins Detail vorgeschrieben werden. Auf der Ebene der einzelnen Schule bestehe über die Schulprogramme schon jetzt die Möglichkeit, gewisse Schwerpunkte zu betonen. Er mache sich Gedanken darüber, ob sich das noch etwas mehr ausbauen liesse. Und auch die Gemeinden sollten aus seiner Sicht einen gewissen Spielraum haben, um ihre jeweiligen Schulen so zu entwickeln, dass es den lokalen Bedürfnissen entspreche. Die Primarschule Lampenberg sei nicht dasselbe wie die Primarschule Allschwil. Er möchte ausloten, ob es gelinge, allen Stufen etwas mehr Freiheiten in ihrem eigenen Gestaltungsprozess zu verleihen, ohne die Bildungsqualität zu beeinträchtigen. Ein gemeinsames Projekt zu diesem Zweck, zusammen mit dem Verband der Baselbieter Gemeinden (VBLG), sei aufgegleist.

RvW meint, in diesem Saal dürfte der Prinzip der Freiräume für Lehrpersonen bei der Gestaltung ihres Unterrichts unbestritten sei. Hinsichtlich der Rolle der Schulleitungen dagegen sei mit einer weniger homogenen Haltung zu rechnen. Der LVB gerate oft dort in Konfliktfelder hinein, wo Schulleitungen das Prinzip der «Teilautonomie» in Richtung «Vollautonomie» umdeuteten. Er möchte von PL wissen, wo er die Grenzen der Teilautonomie innerhalb dieses öffentlichen, mit Steuergeldern finanzierten Schulsystems sehe.

PL stellt fest, dass in diesem Bereich wohl eingehende Diskussionen mit ME bevorstehen dürften. Auf der Ebene der Lehrpersonen sei man sich sicher einig. Authentisch und mit geeigneten Lehrmitteln unterrichten zu können, sei elementar. Der von ME beschriebene Spielraum der einzelnen Schulen könne sowohl positive als auch negative Folgen nach sich ziehen. Das Modewort «Innovation» alleine sage noch nichts über die damit verbundene Bildungs- und Lernwirksamkeit aus. Im Rückblick auf die Modeströmungen und Reformen der letzten Jahrzehnte stelle er fest, dass

diese der Stabilität und Wirksamkeit der Schulen vielfach nicht zuträglich gewesen seien. Aus PL's Sicht mache eine gute Schulleitung aus, dass sie den Überblick habe, gut organisieren und administriere, ein Gespür für Menschen – auch ganz verschiedene! – habe und mit diesen umgehen könne. Wer diese Anforderungen erfülle, sei in der Lage, eine Schule gut zu führen. Wenn man hingegen auf jeden Zug sofort aufspringe, voraussetze und dabei das Kollegium nicht mit- und ernst nehme, seien Spannungen und Konflikte unvermeidlich, die dann häufig beim LVB landeten.

Der LVB, so PL weiter, störe sich sehr daran, wie sich die Spitze des schweizerischen Schulleiterverbandes VSLCH gebärde. Mit markigen, plakativen Wordings wie «Fördern statt Filtern» werde die bestehende Schule schlechtgeredet, um eigenen Schulrevolutions-Fantasien Auftrieb zu verleihen. Die Deutungshoheit, die der VSLCH für sich in Anspruch nehme, erkenne der LVB nicht an. Inmitten dieser «Neomanie» gebe es konstante Werte, die man pflegen müsse, um auf dieser Basis Spielraum für Neues gewinnen zu können. Gewisse Grundlagen und eine echte Mitsprache der Lehrpersonen jedoch seien unverhandelbar. Mit der Einführung der Teilautonomie habe man den Schulleitungen sehr viel Macht zugesprochen und sogar noch das pädagogische Weisungsrecht hinterhergereicht. Gemäss LVB-Mitgliederbefragungen stelle diese Machtfülle respektive die damit verbundene Machtausübung einen Belastungsfaktor für viele Lehrpersonen dar. Im Sinne von Synergien brauche es in gewissen Bereichen klare Standards, die für alle Schulen gälten. Es mache keinen Sinn, wenn jede Schule über ihr Schulprogramm permanent zig verschiedene Themen beackere; das koste viel Geld an Sitzungszeit, oft ohne erkennbaren Mehrwert. Bei weitem nicht jede Art von «Schulentwicklung» sei wirksam, stattdessen werde den Lehrpersonen häufig Zeit und Energie entzogen. Daher müsse man genau hinsehen, wo Teilautonomie sinnvoll sei und wo nicht. In Richtung Vollautono-

mie wolle der LVB sicher nicht gehen, denn da seien am Ende angloamerikanische Verhältnisse zu befürchten.

RvW möchte noch kurz auf die Tertiärstufe zu sprechen kommen. Seit Jahren werde immer wieder über die Ausbildung künftiger Lehrpersonen an der PH FHNW geklagt, und dies mit wiederkehrenden Schwerpunkten wie Praxisferne der Dozierenden und entsprechender Theorielastigkeit. Trotz dieser Beschwerden habe man den Eindruck, es verändere sich nicht wirklich etwas. RvW möchte zunächst wissen, ob es rückblickend ein Fehler gewesen sei, die FHNW mit einer vierkantonalen Trägerschaft aufzubauen, weil sie dadurch politisch sehr schwer manövrierbar sei, da jeweils alle vier Trägerkantone einer Meinung sein müssen. Ob aus heutiger Sicht eine «PH Baselland» vielleicht die bessere Option gewesen wäre als die PH FHNW.

ME hält die Fragestellung für berechtigt. Auch er störe sich daran, wenn die periodischen Studierendenbefragungen die immer gleichen Problemfelder zu Tage förderten, wenn die PH FHNW im Vergleich zu anderen PHs schlechter abschneide oder FHNW-intern weit negativer beurteilt werde als die anderen Institute. Es gehe dabei schliesslich auch um die Reputation der FHNW als Gesamteinstitution. Die Nordwestschweizer Bildungsdirektoren seien in dieser Hinsicht sehr sensibilisiert und ein Austausch darüber finde statt; über die grundsätzlichen Anliegen bestehe durchaus Einigkeit. ME bestätigt, es sei schwierig, auf die PH FHNW einzuwirken, was aber weniger an der vierkantonalen Trägerschaft liege, sondern an der Herausforderung, einen direkten, echten Dialog mit der PH FHNW anstossen zu können, ohne jedes Mal über das Direktionspräsidium der FHNW gehen zu müssen. Da das Direktionspräsidium nun neu besetzt werde, wolle man diese Thematik schnellstmöglich mit der neuen Führung angehen. Überdies sei ihm zu Ohren gekommen, dass unklar sei, was mit Rückmeldungen an die Adresse der PH FHNW passiere – wenn

überhaupt. Diese Prozesse seien kritisch zu durchleuchten. Dennoch halte er es nicht für zweckdienlich, jeden einzelnen Schritt der PH FHNW zu verteufeln, sondern positive Aspekte ebenso hervorzuheben.

RvW erklärt, die LVB-Spitze sei seit vielen Jahren immer wieder in verschiedenen Austauschgremien unter Einbezug der PH FHNW-Direktion involviert, von Gründungsrektor Hermann Forneck über Sabina Larcher bis zum jetzigen Präsidenten Guido McCombie. Dennoch habe er den Eindruck, man drehe sich sehr stark im Kreis, was konkrete Forderungen des LVB betreffe, so etwa jene nach einer mehrjährigen, erfolgreichen schulpraktischen Erfahrung von Dozierenden für Fachdidaktik. Ob PL glaube, dass sich bei solchen Themen endlich etwas bewegen werde.

PL erläutert, im Zusammenhang mit dem Massnahmenpaket «Zukunft Volksschule» habe man bewusst Personen als Kursleitende gesucht, die nicht ausschliesslich Dozierende seien, sondern parallel auch selbst unterrichteten. Diese gebe es und bei solchen Personen seien die Rückmeldungen der Kursteilnehmenden oft positiv. Er erinnere sich mit Wehmut zurück an seine eigene fachdidaktische Ausbildung an der Universität Bern. Die dortigen Fachdidaktiker/-innen unterrichteten selbst. Dadurch lernte man fachdidaktische Konzepte kennen und konnte dann im Unterricht der Dozierenden anschauen, ausprobieren und überprüfen, ob sich diese Konzepte in der Realität bewährten. Dadurch hätten Dozierende auch nicht irgendetwas predigen können, was nicht funktionierte, andernfalls hätten sie sich vor den Studierenden blamiert. Für PL sei dies der wertvollste Teil seines gesamten Studiums gewesen. An der PH FHNW fehlten solche Personen.

PL nennt ein Beispiel: Der Verantwortliche für NMG auf der Stufe Primar habe gemäss Lebenslauf auf der Website der FHNW genau ein Jahr selbst unterrichtet und das Spezialgebiet seiner Forschungstätigkeit seien

«Männerfriedhöfe». (grosse Heiterkeit im Publikum) Und das sei nur einer von vielen. So etwas wäre doch in jedem anderen Beruf undenkbar! Ein Lehrmeister für angehende Automechaniker, der noch nie selbst einen Motor zerlegt habe – unmöglich! Und man erkenne diese Praxisferne auch, wenn man sich Forschungsprojekte der PH FHNW online anschau: Da würden reine Theoretiker den Praktikern den Unterricht erklären wollen. So gehe das einfach nicht. Es brauche wieder erfolgreiche Lehrerinnen und Lehrer, die sich zu Fachdidaktikern/-innen weiterbilden könnten. Theoretisch sei dies möglich, aber die Hürden seien sehr hoch. Und als der LVB mit dieser Forderung erstmals an die PH FHNW herangetreten sei, sei man regelrecht abgekanzelt worden im Sinne von: Man wolle nicht zurück zu einer «Meisterlehre». Die PH FHNW weigere sich auch, im ersten Studienjahr einen Kurs «Allgemeine Didaktik» anzubieten, was der LVB ebenfalls schon längere Zeit fordere. Dabei würde dies zum Kernauftrag der PH gehören, um angehende Lehrkräfte auf ihren späteren Beruf vorzubereiten. Das sei weit wichtiger als die gelebte Forschungsverliebtheit, erst recht bei Projekten, deren Nutzen für den Unterricht nicht erkennbar seien.

PL habe sich unlängst mit einem Innerschweizer Bildungsdirektor unterhalten und der habe ihm erzählt, die Direktionen der Innerschweizer PHs hätten sich zunächst einmal geweigert, überhaupt in einen Dialog mit den Bildungsdirektionen zu treten, was ihre Strategie und Arbeit betreffe. PL wertet dies als Zeichen von Abgehobenheit. Geärgert habe sich PL auch, als die PH FHNW behauptet habe, man könne die geforderte Praxiserfahrung ihrer Dozierenden gar nicht so genau erheben. Das sei doch Unsinn. Ein Blick in die Lebensläufe der Mitarbeitenden zeige sofort, über wie viele Jahre Unterrichtserfahrung sie verfügten.

Sodann möchte RvW von ME wissen, wie er reagieren würde, wenn eines seiner vier Kinder zu ihm käme und ihm mitteilen würde, es wolle Leh-

rerin oder Lehrer werden. Ob er dies eine gute Idee fände.

ME meint, er hielte dies für eine sehr gute Idee. Er kenne eine Familie, deren Vater früher als Sekundarlehrer im Aargau gearbeitet hatte; drei der vier Kinder seien Lehrpersonen geworden und das vierte Fachfrau Betreuung. Er erlebe den Austausch mit dieser Familie als sehr spannend. Von seinen eigenen Kindern habe keines diesen Weg eingeschlagen, dennoch halte er den Lehrberuf für eine interessante Berufswahl. Seitens der erwähnten Familie habe er zwar ebenfalls schon Kritik an der PH FHNW vernommen, es sei aber auch die Motivation für den Beruf spürbar, der weiterhin als erfüllend wahrgenommen werde. Er erlebe seine neue Aufgabe als Bildungsdirektor gleichermassen sinnstiftend, da es gelte, sich auf allen Stufen für unser Bildungssystem einzusetzen.

RvW beschreibt PL's Familie als echte «Lehrer-Dynastie». PL's Onkel war zufälligerweise RvW's Lieblingslehrer am Gymnasium gewesen – RvW und PL hatten sich damals noch nicht gekannt. Auch PL's Eltern waren Lehrpersonen gewesen, dazu mehrere Geschwister und auch die Tochter befindet sich in der Ausbildung. Wie er das eigentlich wahrnehme, dass fast seine gesamte Familie in diesem Berufsfeld gelandet sei.

PL meint scherzhaft, er hoffe, dass nicht auch noch sein Sohn Lehrer werden wolle. Als Jugendlicher habe PL, gerade weil so viele in der Familie unterrichteten, immer gesagt, er werde bestimmt nicht auch Lehrer. Ingenieur hätte ihn interessiert, aber dafür sei er in Mathematik zu wenig stark gewesen. Dann habe er nach der Matura eine siebenwöchige Stellvertretung im Schulhaus seines Vaters übernommen und jeden Abend gemeinsam mit dem Vater den Unterricht vorbereitet. So habe es ihn dann doch auch in die Pädagogik hineingezogen. Das Ganze habe durchaus Vorteile: Bei Familientreffen sei von der Kindergartenlehrerin bis zum Universitätsprofessor die gesamte Palette



vertreten, was spannende Diskussionen hervorbringe.

Zu guter Letzt stellt RvW ME eine Frage, die man eigentlich gar nicht stellen dürfe – er tue dies aber doch. Durch den Rücktritt Isaac Rebers komme es im Juni bereits zu einer neuerlichen Ersatzwahl in den Baselbieter Regierungsrat. Als Ingenieur könnte man sich ME natürlich sehr gut als BUD-Vorsteher vorstellen, zudem sei für einen FDP-Vertreter die Finanzdirektion doch immer auch ein Thema. Ob ME ausschliessen könne, die BKSD bereits in seinem ersten Amtsjahr wieder zu verlassen.

ME sagt, eine politische Karriere lasse sich nicht planen, sie sei vielen Unwägbarkeiten unterworfen. Vor einem Jahr hätte er nicht gedacht, nun als Bildungsdirektor hier zu stehen. Eine absolute Aussage sei daher nicht sinnvoll. Er könne jedoch festhalten, dass die Übernahme einer Direktion immer mit einer Lernkurve verbunden sei. Er habe in seinen ersten 77 Tagen unheimlich viele Menschen kennengelernt. Inhaltlich investiere man viel Zeit, um den Durchblick zu erlangen bei den verschiedenen Themen. Vor diesem Hintergrund halte er es für unwahrscheinlich, sich nach nur neun Monaten wieder in einen neuen derartigen Prozess hineinzustürzen, das würde den bereits geleiste-

ten Initialaufwand und die investierte Energie ein Stück weit in Frage stellen. Er schätze die Wahrscheinlichkeit, der BKSD erhalten zu bleiben, als gross ein.

RvW lädt die Anwesenden zu folgendem Gedankenspiel ein: An der letzten DV wurde Monica Gschwind verabschiedet, an der heutigen werde ME willkommen geheissen, an der nächsten würde ME verabschiedet und an der übernächsten schon wieder ME's Nachfolger(-in) begrüsst ... Ganz ehrlich: Das wäre nicht RvW's Wunschscenario.

RvW bedankt sich ganz herzlich bei ME für seinen Antrittsbesuch beim LVB und bei PL für das Mittun auf dem Podium. Die Anwesenden spenden einen lang anhaltenden Applaus, währenddem ME zwei Präsente überreicht werden.

PL verleiht im Sinne der Kontinuität seiner Hoffnung auf ein Verbleiben ME's im Amt Ausdruck, bevor er auf eine Werbeaktion der Zurich Versicherungen aufmerksam macht, verbunden mit dem Hinweis, dass Zurich Versicherungen sich mit einem schönen Beitrag am nachfolgenden Apéro beteilige. PL schliesst die Versammlung und lädt zu ebendiesem Apéro im Foyer ein.

Perlenfischen

von Roger von Wartburg

Perle 1: Bitte keinen Stress! Warum das Leistungs-ethos an den Schulen abgenommen hat

Wo: NZZ am Sonntag

Wer: René Donzé

Wann: 9. August 2026

Das Blatt ist gespickt mit Rechtschreibfehlern: «Ich hätte vielleicht bischen mehr zeit gebraucht», hat das Kind auf den Fragebogen geschrieben, und: «mir ist das Konsentrieren gut gelungen». Es sind Selbsteinschätzungen eines Schülers aus der gemischten 5. und 6. Klasse der Lehrerin Janine Möll im Schulhaus Felsberg. Der denkmalgeschützte Bau steht erhöht über der Stadt Luzern, der Blick aus dem Fenster schweift vorbei an zwei Kirchturmspitzen über die Dächer der Stadt hinweg und geht bis zum Pilatus.

Es ist kurz vor den Sommerferien, die Schule ist aus, die Bänke sind leer. Die Lehrerin Möll blättert durch die Ordner ihrer Schülerinnen und Schüler, mit den Blättern, auf denen sich die Kinder selber beurteilen und sich weitere Ziele setzen. Diese dienen als Basis für ihre regelmässigen Coaching-Gespräche mit den Kindern. Sie sind auch Teil der Rückmeldungen der Schule an die Eltern.

Der Lehrerin Möll geht es bei den Sätzen auf diesen Bögen nicht um korrekte Grammatik und Orthografie. Die Kinder hier steigen mit lautgetreuem Schreiben in ihre Schullaufbahn ein, «um den Schreibprozess nicht zu behindern», sagt sie. Erst später korrigiert sie die Rechtschreibung im Rahmen des Unterrichts. Bei den Beurteilungsbögen und Gesprächen hingegen sollen sich die Kinder reflektieren und ein differenziertes Feedback ihrer Lehrerin erhalten: Wo hast du deine Ziele erreicht, was sind deine Lernfortschritte, wie hast du dich vorbereitet, was müssen wir angehen, damit es beim nächsten Mal noch besser wird? Darüber diskutiert sie regelmässig mit ihren Schülern. Noten gibt es dabei keine.

Seit fünfzehn Jahren schon unterrichtet Janine Möll auf Primarschulstufe, vor zehn Jahren begann sie, sich schrittweise von Prüfungsnoten zu verabschieden, seit einigen Jahren verzichtet sie ganz darauf. Das hat aus ihrer Sicht viele Vorteile: «Wenn ein Schüler eine Note sieht, ist für ihn der Lernprozess abgeschlossen. Dann ist eine Ziffer in seinem Kopf verankert, die im Grundsatz gar nichts aussagt», erklärt sie. In ihrer Klasse hingegen erhielten die Kinder differenzierte Rückmeldungen, nicht nur auf Prüfungen. «Dieses System ist aussagekräftiger, präziser und

wird den einzelnen Kindern gerechter.» Möll spricht von verschiedenen Beurteilungsanlässen wie Arbeitsblättern, Vorträgen, Tests.

Aus all diesen Beobachtungen ergibt sich ein Gesamtbild für die Zeugnisnote, die sie halbjährlich ausstellen muss, das ist Gesetz. Diese sei dann ein «pädagogisch begründeter Ermessensentscheid», der auch im Team mit den Lehrerkolleginnen zustande komme. Mit ihrem Vorgehen hat Möll etwas vorweggenommen, was ab dem neuen Schuljahr in der ganzen Stadt Luzern in der Primar- und der Oberstufe Vorschrift ist: Noten dürfen nur noch im Zeugnis verteilt werden, sonst sind sie tabu.

Damit setzt sich die Stadt an die Spitze einer Bewegung, die seit langem das Schweizer Bildungssystem erfasst hat: Starre Beurteilungskriterien sind zunehmend verpönt, Noten und Prüfungsdruck gelten als toxisch, Selektion als unfair. Bis jetzt experimentieren in der Schweiz sonst vor allem einzelne Schulen mit dem Verzicht auf Schulnoten und setzen stattdessen auf Farbcodes, Buchstaben und Beurteilungsbögen.

Über die Jahre haben jedoch auch die Kantone den Zeitpunkt für das erste Notenzeugnis nach hinten verschoben: In Bern etwa geschieht das erst in der 4., in Basel-Stadt in der 5. und in Neuenburg in der 6. Klasse. Stellenweise versucht die Politik, dem entgegenzuwirken: Im Kanton Zürich etwa hat das Parlament Notenzeugnisse ab der zweiten Klasse gesetzlich verankert, bürgerliche Politiker befürchteten die «Abschaffung des Leistungsprinzips», wie ein Parlamentarier sagte.

Die Sorge kommt nicht von ungefähr. Und die Notendiskussion ist nur ein Beispiel dafür, wie sich die Schule schleichend von der Meritokratie verabschiedet – von der Idee, dass Leistungen gemessen, verglichen und belohnt werden sollen. Es sind zwei Bewegungen, die dabei ineinandergreifen: Auf Systemebene geraten alte Pfeiler der Schule ins Wanken. Dafür gibt es viele Anzeichen: Nebst der Notengebung steht auch die Selektion nach der sechsten Klasse in der Kritik, allen voran durch den Verband

der Schweizer Schulleiter. Im Kanton Zürich geraten zudem das Langgymnasium nach der Primarschule und die Aufnahmeprüfung regelmässig von links unter Beschuss.

Sinnbildlich für den Abbau von Hürden steht die massive Ausbreitung des Nachteilsausgleiches bei Prüfungen für Schüler und Studierende mit Lerneinschränkungen. Und auch die Berufsbildung wurde von der Bewegung erfasst: Der Bund wollte die schriftliche Abschlussprüfung in Allgemeinbildung für alle Berufslernenden abschaffen – und krebste erst nach politischen Protesten zurück.

Auf didaktischer Ebene wiederum weicht der klassische geführte Unterricht zunehmend dem selbstorganisierten Lernen. Und an die Stelle von repetitiven Übungen, Aufsätzen und Diktaten treten Projektarbeiten und Schreib- anlässe. Unterrichtsformen verbreiten sich, die Schüler überfordern können, welche klare Strukturen und Vorgaben brauchen. Es scheint, als habe die Schule ihre Orientierung verloren.

Wie konnte das geschehen? «In unseren Schulen sind das Leistungsprinzip und das Übungsethos eindeutig geschwächt worden», sagt Roland Reichenbach, Professor für Erziehungswissenschaften an der Universität Zürich. [...] Der 63-Jährige zeichnet das Bild einer Pädagogik, der ihr einstiges Fundament verlorengegangen ist.

Früher, wie er erklärt, beruhte die Schule auf drei Säulen, den «drei Gratiskräften» des Lehrers: seiner unbestrittenen Autorität, einem unhinterfragten Bildungskanon und einer gesellschaftlich mitgetragenen Grunddisziplin.

«Davon ist heute nichts mehr übrig», sagt er. Um das Vakuum zu füllen, erfänden pädagogische Hochschulen, Verwaltungen und Lehrpersonen immer neue Konzepte. Es sei der Versuch, auf eine veränderte Gesellschaft zu reagieren.

Doch die Rezepte hält Reichenbach für verhängnisvoll. [...] «Menschliche Entwicklung braucht ein Gegenüber, das nicht nur motiviert, sondern auch einfordert», betont er. «Ganz vieles, was wichtig ist im Leben, haben wir nicht freiwillig gelernt.» [...]

«Leistung ist wichtig für die Selbstachtung», sagt er. Wer sich nie durch eine Schwierigkeit durchbeissen müsse, könne am Ende auch nicht stolz auf sich sein. Genau deshalb hält er den Trend zum Abbau von Schulnoten und der Selektion für gefährlich. «Noten sind nicht gut, aber nötig», sagt er. Die Schule brauche einen Massstab, mit dem Leistung objektiviert werden könne. «Der soziale Vergleich gehört zum Leben.» Wer auf die Leistungsmessung ver-

zichte, verschiebe das Problem bloss nach hinten: «Am Ende selektioniert dann einfach die Wirtschaft.»

Der blaue Lichtpunkt bewegt sich über den Boden zwischen den Regalen, erst danach erscheint der Hubstapler. Der Punkt funktioniert als Vorwarnung, damit die Gefährte an den Kreuzungen der Gänge nicht zusammenprallen. Sie flitzen mit hoher Geschwindigkeit durch die riesige Lagerhalle im Niemandsland zwischen dem Autobahnkreuz bei Oftringen und Luzern. Zeit ist Geld. Hier werden Produkte zusammengestellt, palettiert, auf Lastwagen verladen, in die ganze Welt verschickt, von tiefgefrorenen Impfun- gen bis zu importierten Neuwagen. Rund 3500 Mitarbeitende beschäftigt die Galliker Transport AG, unter ihnen 145 Lernende in 21 Berufen.

Thomas Ettlin ist zuständig für die Logistik-Lernenden und arbeitet hier seit dreissig Jahren. Es liege ihm fern, die Schulen oder die Jugendlichen zu verurteilen, betont er im Sitzungszimmer des internen Schulungszentrums. Und doch muss er feststellen: «Bei den Bewerbungen, die bei uns landen, nehmen die Fähigkeiten tendenziell ab, vor allem in Deutsch und Mathematik.»

«Menschliche Entwicklung braucht ein Gegenüber, das nicht nur motiviert, sondern auch einfordert. Ganz vieles, was wichtig ist im Leben, haben wir nicht freiwillig gelernt.»

Roland Reichenbach

Die Noten in den Zeugnissen sind für den Auszubildende ein wichtiges Kriterium: «Wenn jemand eine gute Note hat, zeigt uns das, dass er sich wahrscheinlich auch anstrengen kann.» Natürlich wisse er um die Subjektivität der Ziffern, doch über die Jahre habe er ein gutes Gespür dafür entwickelt, hinter welchen Zeugnissen auch gute Lernende stünden. «Noten sind Zahlen, die der Schüler selbst abliefern», sagt er. Verbale Beurteilungen hingegen

könnten sehr stark durch zwischenmenschliche Aspekte verfälscht sein. «Wenn Noten abgeschafft werden, wird die Schule zum Wohlfühlgefäss.»

Spätestens in der Ausbildung folge dann die Konfrontation mit der Realität. «Neben den Noten ist für uns die Leistungsfähigkeit der Jugendlichen der wichtigste Aspekt, da gibt es keinen Spielraum.» Ettlin spürt, dass die Schulen und Elternhäuser weicher geworden sind. «Man gibt halt schnell nach.» Früher habe er zwischen starken und schwachen Schülern unterschieden, heute verlaufe die Grenze eher zwischen faulen und fleissigen. Der Anteil der Beque- men nehme zu, konstatiert der Lehrlingsbetreuer. «Die Lernenden müssen den Ansprüchen des Marktes und der Gesetze entsprechend ausgebildet werden», sagt Ettlin. «Und diese werden stetig komplexer.»

Was Ettlin im Kleinen beobachtet, bestätigt auch der Luzerner Gewerbeverband: «In den Schulen werden Leistungshürden vermehrt aus dem Weg geräumt», schreibt

der Direktor Jérôme Martinu auf Anfrage. Als Indizien nennt er das Aufweichen messbarer Leistungsnachweise, kompetenzorientiertes Lernen und den Wegfall von Hausaufgaben. Zudem würden wegen der integrativen Förderung Ressourcen vermehrt für schwächere Lernende eingesetzt, was «zu einer Nivellierung nach unten» führe. [...]

Janine Möll im Luzerner Schulhaus Felsberg zeigt einen weiteren Ordner eines Schülers, ein sogenanntes Portfolio. Dort ordnet er alles ein, was ihm wichtig ist, und notiert seine Wünsche. Diese Sammlung sei für die Kinder ebenso wichtig wie die Beurteilungen, sagt die Lehrerin.

Eine Rückkehr zu Prüfungsnoten kann sie sich nicht vorstellen: «Das würde sich mit meinem pädagogischen Verständnis beissen.»

In ihrer Klasse sei der Konkurrenzdruck verschwunden, erzählt Möll. Die Schülerinnen und Schüler wüssten auch so, was sie von ihnen erwarte. «Ich glaube nicht, dass es wirklicher ist, wenn Kinder lediglich unter Stress und Druck leisten», sagt sie. Viel besser für ihre Entwicklung sei es, wenn sie wüssten, was sie könnten. Dann würden sie später auch eher das für sie Passende finden. [...]

Perle 2: Wie geht das, motivierte und leistungsbereite junge Menschen?

Wo: Inside Paradeplatz

Wer: Esther Ziegler

Wann: 2. September 2026

Im Mai traf ich Catherine Birbalsingh, die strengste Schulleiterin Grossbritanniens, bei meinem Besuch an der Michaela School in London. In der NZZ erschien gerade ein Interview mit ihr. Eine beeindruckende Persönlichkeit, mit überzeugender Präsenz und Ausstrahlung, streng aber liebevoll. Einer ihrer Slogans ist «I'm the master of my fate, I'm the captain of my soul.»

Unglaublich, wie effizient, diszipliniert, aber hochspannend es in dieser Schule zu- und hergeht. Selten hat mich Unterricht so fasziniert. Die Schüler sind alle top motiviert. Bei einer Frage des Lehrers strecken alle Kinder ihre Hände in die Höhe, alle wollen antworten, das heisst sie sind auch aufgefordert, immer zu antworten, immer mitzumachen. Und ob das etwas bewirkt? Trotz dem sozial eher schwachen Umfeld, aus dem die Schüler kommen, schlagen sie mit ihren Leistungen die Schüler der besten Eliteschulen Grossbritanniens.

Dabei müssten die Schüler dieser Schule alle bedrückt und eingeschüchtert sein, wenn man modernen Urteilen glaubt, was Strenge, Einforderung von Leistung und absolute Stille im Klassenzimmer bei Kindern Negatives bewirken könne. Das Gegenteil ist der Fall. Die Schüler sind offen, aufmerksam, kommunikativ, erzählen stolz von ihrer Schule und was sie ihr alles zu verdanken haben.

An den Schuluniformen hängen Abzeichen. «100», für 100-prozentige Anwesenheit im Unterricht, «Maths» für herausragende Leistungen in der Mathematik, «Guide», wenn man auserwählt wurde, Gäste an der Schule herumzuführen, oder «Library» für besonderes Mitwirken in der

Schulbibliothek. Wer redet während dem Unterricht, bekommt einen Strafpunkt, ebenso wer die Lehrer nicht anblickt, wenn sie etwas erklären oder wer Arbeitsmaterial oder Hausaufgaben vergisst. Bei guten Leistungen gibt es Pluspunkte.

Warum so eisen diszipliniert? Ja, damit die Lehrer ohne Störung unterrichten können und man die Zeit ausnützen kann. Das Gute wird belohnt, das Schlechte bestraft. Nach Birbalsingh hilft Nachsicht und Mitleid niemandem, schon gar nicht den Schwächeren oder Kindern aus benachteiligten Familien. Strafpunkte, Verwarnung, dann Ausschluss sind zwar hart, aber auch konsequent. Die Schüler wissen, was gilt. [...]

Die Lehrer lieben ihre Schüler, darum fordern sie diese. Die Schüler werden zur Verantwortung erzogen, weil ihre Verfehlungen Konsequenzen haben. So haben sie nach Birbalsingh ihr «Schicksal» in den eigenen Händen. Bei uns hingegen heisst es an vielen Schulen, die Schüler müssen selbstorganisiert arbeiten, sie sollen sich alles selber beibringen und selber Verantwortung für ihr Tun übernehmen. Ist dieses Selbstorganisierte bei uns nicht eher gut gemeintes Laissez-faire?

Die Unterrichtsmethoden von Birbalsingh hingegen: Purer Frontalunterricht. Aber genial gemacht. Man fragt nicht: Was denkt ihr, habt ihr eine Idee, wer weiss es? Birbalsingh meint, es sei ineffizient, wenn man zehn Minuten damit verliert, nach und nach aus Schülern herauszukitzeln, was man ihnen in zwei Minuten erklären könnte. Insbesondere, wenn 90 Prozent von ihnen noch nie etwas davon ge-

1 ACTIVE RECALL

Test yourself instead of rereading your notes.

HOW TO DO IT:

- Read a topic
- Close your book
- Write or say everything you remember
- Check and repeat

Why it works: Strengthens memory by making your brain work harder to retrieve information.

2 SPACED REPETITION

Review information at increasing intervals over time.

HOW TO DO IT:

- Review after 1 day
- Then after 3 days
- Then after 7 days
- Then after 14+ days

Why it works: Helps move information from short-term to long-term memory.

3 INTERLEAVING

Mix different topics or question types while studying.

HOW TO DO IT:

- Don't study one topic for too long
- Switch between related concepts
- Solve mixed practice questions

Why it works: Improves understanding and helps you apply knowledge in different ways.

4 ELABORATION

Connect new information to what you already know.

HOW TO DO IT:

- Explain the concept in your own words
- Use examples
- Ask "why" and "how"

Why it works: Makes the information more meaningful and easier to remember.

5 DUAL CODING

Use both words and visuals to learn.

HOW TO DO IT:

- Use diagrams, charts, and mind maps
- Combine images with key points
- Highlight and annotate

Why it works: Engages both sides of your brain for better retention.

6 PRACTICE TESTING

Take practice tests to simulate real exam conditions.

HOW TO DO IT:

- Solve past papers
- Time yourself
- Review mistakes and weak areas

Why it works: Builds confidence and highlights what you need to improve.

★ BONUS TIPS

- ✓ Study in a distraction-free environment
- ✓ Take regular breaks (Pomodoro Technique works great!)
- ✓ Get enough sleep
- ✓ Stay consistent – little every day = big results



REMEMBER:

It's not about studying longer, it's about studying smarter.
Be consistent, be patient, and trust the process!



© stock.adobe.com

hört haben. Nein, zuerst müsse man Input geben und erklären, wie es ist und wie es geht. Aber dann muss man fragen, wie es ist und wie es geht, und zwar wiederholt. So können auch alle antworten, weil alle es gehört haben.

An der Michaela School läuft dieses Input-Geben und Input-Abrufen Schlag auf Schlag. «Active recall» und «Spaced learning» werden da eingesetzt, aktives Abrufen und Wiederholen mit Abständen, zwei der wirksamsten Lernprinzipien. Ja, frontaler Unterricht, welcher die aktive Leistung der Schüler einfordert. Und man wiederholt laufend, bis es sitzt. Das Wissen wird so kontinuierlich ausgebaut. Wenn die Grundlagen sitzen, werden die Schüler langsam an komplexere Aufgaben herangeführt, und es muss zunehmend mehr kombiniert und transferiert werden, aber basierend auf Wissen, das sie zuvor erhalten haben.

Birbalsingh findet, dass Schülern unrecht geschieht, wenn man ihnen zu wenig beibringt. Während der Primarlehrausbildung las ich das Buch «Fordern statt verwöhnen»

von Felix von Cube: keine Lust ohne Anstrengung. Fehlende Herausforderungen würden Langeweile und Passivität, zudem Aggressivität erzeugen. Die Michaela School zeigt, wie Fordern im schulischen Bereich erfolgreich geht.

Sicher kann man in der Schweiz diese englische Michaela School nicht 1:1 kopieren. Aber so einiges kann man umsetzen. Damit würden nicht nur die Leistungen und Motivation der Schüler steigen, sondern es würden auch die Lehrer entlastet. Steigen würden auch Motivation und Leistung der Betriebe, welche solche Schulabgänger später einstellen. Gute Schulen sind diese, aus denen viele gute Früchte kommen.

Hinweis

Dr. sc. ETH Esther Ziegler ist Referentin an der LVB-DV/MV vom 17. März 2027. Reservieren Sie sich am besten dieses Datum schon jetzt!

Ein teures «Wir wissen es nicht!»

Die «Standortbestimmung Sprachenkonzept» beim Wort genommen

von Benjamin Hänni und Roger von Wartburg



Manchmal steht der entlarvendste Satz eines Textes nicht etwa in einer Replik seiner Kritikerinnen oder Kritiker, sondern mitten im Dokument selbst. So auch beim Schlussbericht zur Standortbestimmung Sprachenkonzept. Wer sich bis zur Massnahmentabelle des Handlungsfelds «Überprüfung des Startzeitpunkts» vorgearbeitet hat, stösst dort auf ein Eingeständnis, das jemand dem beauftragten Forschungsbüro Interface erst einmal nachmachen muss: «Ein faktenbasierter Entscheid zum sinnvollen Startzeitpunkt ist gemäss der Resultate der vorliegenden Studie nicht möglich.»

Anspruch und Wirklichkeit

Lesen Sie diesen Satz ruhig ein zweites Mal. Eine sich über fünf Teilprojekte und sechs Studien erstreckende Standortbestimmung, angetre-

Die Standortbestimmung kapituliert vor der Frage nach dem geeigneten Startzeitpunkt für den Fremdsprachenunterricht.

ten mit dem stolzen Anspruch, den Fremdspracherwerb «auf eine wissenschaftlich belastbare Grundlage zu stellen», kapituliert am Schluss aus-

gerechnet vor jener Frage, um die seit vielen Jahren im Kanton Baselland – und weit darüber hinaus! – gerungen wird. Ein wenig fühlt man sich an Bertolt Brecht erinnert: «Wir stehen selbst enttäuscht und sehn betroffen / Den Vorhang zu und alle Fragen offen» (aus dem Epilog des Stücks «Der gute Mensch von Sezuan»).

Damit hier kein Missverständnis aufkommt: Der LVB anerkennt die durch die Standortbestimmung erhobenen Daten. Uns treibt im Kern aber primär jene Frage um, die den Betroffenen im schulischen Alltag unter den Nägeln brennt: Was bedeutet dieser Bericht für die Lehrpersonen, die den

Sprachunterricht an der Volksschule verantworten?

Zahlen, die für sich sprechen

Die Resultate sind unmissverständlich: In Englisch erreichen 88 % der Schülerinnen und Schüler die (inhaltlich bescheidenen) Grundkompetenzen im Hörverstehen, 77 % im Leseverstehen. In Französisch sind es lediglich 57 respektive 52 %. Und im Leistungszug A, also bei den schulisch schwächsten Jugendlichen, erreichen im Französisch-Leseverstehen nur sage und schreibe 19 % das Minimalziel. Anders gesagt: Vier von fünf dieser Jugendlichen verfehlen es – notabene nach sieben (!) Jahren Schul(früh-)französisch.

Zu viele Schülerinnen und Schüler erreichen die Grundkompetenzen in Französisch nicht - zudem ist das Fach unbeliebt.

Dazu passt das Stimmungsbild der Lernenden bestens: Bloss 39 % geben an, den Französischunterricht gerne besucht zu haben, dies gegenüber 70 % betreffend Englisch. Wer ernsthaft wissen will, wo der Schuh drückt, muss also nicht lange suchen. Die Antwort steht in diesen Zahlen und nicht im Kleingedruckten zur Didaktik.

Ein Baselbieter Sonderfall? Mitnichten!

Nun liesse sich womöglich einwenden, das sei eben ein hausgemachtes Umsetzungsproblem, ein «Baselbieter Betriebsunfall» quasi. Schön wär's beinahe! Nur hält dieser Einwand der Datenlage in keiner Weise stand.

Der nationale Bericht zur Überprüfung der Grundkompetenzen (ÜGK)

2023 zeigt landauf, landab dasselbe Bild: Im Französisch-Leseverstehen erreichen schweizweit nur 51 % die Grundkompetenzen, in Englisch 75 %; im Hörverstehen sind es 58 % gegenüber 85 %. Die Baselbieter Werte liegen damit im nationalen Mittel. Das erklärte Ziel der EDK-Sprachenstrategie, wonach am Ende der Sekundarstufe I eine zweite Landessprache und Englisch «möglichst gleichwertig» beherrscht werden sollen, wird demnach nicht etwa knapp verfehlt, sondern massiv, und zwar landesweit.

Unser Dachverband LCH hat aus denselben nationalen Zahlen folgenden Schluss gezogen: Zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe seien nur zu rechtfertigen, solange die gesetzten Ziele erreichbar sind; fehlten die Voraussetzungen dafür, brauche es eine

Auch der LCH zeigt sich offen für eine Diskussion über eine Neuausrichtung der Sprachenstrategie.

offene Diskussion über eine Neuausrichtung der Sprachenstrategie. Der LCH erinnert dabei daran, dass er dies seit Einführung der Strategie im Jahr 2004 betont habe, und er müsse zwei Jahrzehnte später nüchtern festhalten, dass die Voraussetzungen noch immer nicht gegeben seien.

Wonach nicht gefragt wurde

Bezeichnend ist die Anlage der Untersuchung, worauf Felix Schmutz in seinem Beitrag auf dem Condorcet-Blog zu Recht hinweist. Gefragt wurde, wo die Schülerinnen und Schüler stehen und welche Bedingungen auf den Ebenen von Lehrpersonen, Unterricht und Klassen die (nicht) erbrachten Leistungen erklären.

Die Ebene der bildungspolitischen Strategie jedoch, also die Ausdehnung des Französischunterrichts auf sieben Schuljahre bei gleichbleibender Lektionenzahl, die Steuerung durch Lehrplan und Lehrmittel, die Ausrichtung der Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen, blieb

als möglicher Faktor ausserhalb des Suchscheinwerfers.

Wer aber nur unter jener Laterne nach dem verlorenen Schlüssel sucht, wo ihm das Licht am angenehmsten erscheint, der wird ihn anderswo be-

Unverständlich ist, dass die Studie die Frage nach der Verantwortung der bildungspolitischen Strategie ausklammert.

stimmt nicht finden. Schlimmer noch: Durch diese Vorgehensweise gerät zwangsläufig die Praxis (sprich die Lehrpersonen) ins Visier – aber auf keinen Fall das Konzept.

Von der Diagnose zur Adressatensuche

Man hätte erwarten dürfen, dass derart klare Befunde über den vielfach ausbleibenden Lernerfolg eine grundsätzliche Debatte über das bildungspolitisch verordnete Konzept auslösen würde. Die Standortbestimmung aber wählt einen «eleganteren» Weg: Sie verlagert die Erklärung für die mageren Resultate weitgehend auf die Unterrichtsqualität, also auf die Sprachkompetenz der Lehrpersonen, die Fachdidaktik, den «zielsprachenreichen Unterricht», die kontinuierliche Weiterbildung.

Was nicht sein darf: Dass den Lehrpersonen einseitig die Schuld in die Schuhe geschoben wird für die nicht überzeugenden Lernerfolge.

Nun bestreitet niemand, der etwas von Unterricht versteht, die zentrale Rolle der Lehrperson, der LVB am allerwenigsten. Heikel wird die Sache aber dort, wo sich die Analyse so lesen lässt, dass eben nicht das Konzept gescheitert sei, sondern vielmehr dessen Umsetzung durch die Lehrpersonen, die es «nicht richtig» machten. Denn diese Lesart übergeht

geflissentlich, was im selben Bericht schwarz auf weiss steht. So etwa, dass 66 % der Schulleitungen die Rekrutierung qualifizierter Französisch-Lehrpersonen als «eher schlecht» beurteilen. Oder dass 73 % der Lehrpersonen den Französischunterricht auf der Sekundarstufe I als zeitlich unterdotiert erleben.

Der Bericht beschreibt präzise, unter welchen Bedingungen Sprachunterricht gelingt, nämlich bei genügend Lernzeit, hoher Qualifikation der Lehrpersonen, intensiven Formaten und kohärenten Übergängen – und dokumentiert im gleichen Atemzug, dass etliche dieser Bedingungen im Schulalltag fehlen. Nur: Diese Problematiken lagen bereits vor, als das neue Sprachenkonzept heilsbringerisch auf seinen Weg gebracht wurde. «Passepartout» wurde eingeführt, obwohl offensichtlich war, dass die damit verbundenen Gelingensbedingungen nicht im Ansatz erfüllbar waren.

Gewisse Aussagen der Studie zeigen einen klaren Widerspruch zur sogenannten Mehrsprachigkeitsdidaktik der Pädagogischen Hochschulen.

Hinzu kommt ein Widerspruch, auf den der zuvor erwähnte Beitrag von Felix Schmutz aufmerksam macht und der bislang erstaunlich wenig zu reden gab: Die Studie verlangt von den Lehrpersonen «mehr zielsprachenreichen Unterricht», also einen klaren Fokus auf das Französische im Unterrichtsgeschehen. Über lange Jahre aber mussten mit «Mille feuilles» und «Clin d'œil» Lehrmittel verpflichtend eingesetzt werden, die nach den Grundsätzen der Mehrsprachigkeitsdidaktik konzipiert sind und eben gerade *nicht* die vorrangige Konzentration auf die Zielsprache in den Mittelpunkt stellen.

Diese Lehrmittel sind heute zwar im Kanton Baselland nicht mehr obliga-

torisch – nicht zuletzt dank tatkräftiger Unterstützung des LVB zur Einführung der geleiteten Lehrmittelfreiheit –, doch eine ganze Generation von Lehrpersonen wurde gemäss dieser Didaktik aus- und weitergebildet. Man hat sie auf das eine verpflichtet, hält ihnen aber heute das andere vor. Das ist, mit Verlaub, unfair.

Womit sich erneut die Frage nach der strategischen Ebene stellt, die der Bericht aber tunlichst vermeidet: Wie soll sich ein Konzept als tauglich bezeichnen lassen, dessen Voraussetzungen von Anfang an fehlten und noch immer fehlen? Wer Bedingungen formuliert, die in der Praxis unerreichbar bleiben, das ausbleibende Ergebnis danach jedoch der Praxis anlastet, macht es sich entschieden zu einfach.

Das Zauberwort heisst «Kohärenz»

Die Argumentation des wissenschaftlichen Beirats fusst grossmehrheitlich auf einem einzigen Begriff: Kohärenz. Der frühe Beginn wirke, sofern Lernzeit, Übergänge, Lehrpersonenqualität und Unterrichtsform zusammenspielen. Folgerichtig sieht der Beirat «keine wissenschaftlichen Argumente gegen einen frühen Beginn, sofern die genannte Kohärenz gewährleistet ist».

Dieser Satz hat es in sich, denn er ist gegen jede Erfahrung gefeit. Sind die Resultate schwach, dann hat eben die Kohärenz gefehlt, sicher nicht das Konzept. Diese Konstruktion dreht die Beweislast kurzerhand um: Nicht mehr das Frühfranzösisch muss belegen, dass es unter realen Bedingungen funktioniert; stattdessen müssten dessen Kritiker beweisen, dass es unter idealen Bedingungen nicht funktionieren würde. Hier muss erneut das Prädikat «unfair» verliehen werden.

Was man lieber übergangen hätte?

Aufhorchen lässt darüber hinaus der folgende Umstand: Die Massnahme «Überprüfung des Startzeitpunkts

Erkenntnisse kompakt



- Die Studie selbst hält fest, dass sich der sinnvolle Startzeitpunkt des Fremdsprachenunterrichts mit ihren Resultaten nicht faktenbasiert bestimmen lässt.
- Die Französischleistungen liegen deutlich unter den Englischleistungen: Im Hörverstehen erreichen 57 Prozent der Schülerinnen und Schüler die Grundkompetenzen, im Leseverstehen 52 Prozent; in Englisch sind es 88 beziehungsweise 77 Prozent.
- Das Ziel der EDK, am Ende der Sekundarstufe I eine zweite Landessprache und Englisch möglichst gleichwertig zu beherrschen, wird landesweit klar verfehlt.
- Die Standortbestimmung untersucht vor allem Bedingungen auf Ebene von Unterricht, Klassen und Lehrpersonen. Die bildungspolitische Strategie selbst – insbesondere sieben Jahre Französisch bei unverändertem Total an Lektionen während der Volksschule – wird dagegen nicht grundlegend als mögliche Ursache geprüft.
- Dadurch droht eine problematische Verantwortungsverschiebung: Schwache Ergebnisse werden vor allem als Defizit der Umsetzung durch Lehrpersonen interpretiert, statt auch das Konzept und seine Rahmenbedingungen in Frage zu stellen.
- Es besteht ein Widerspruch zwischen der früher geförderten Mehrsprachigkeitsdidaktik und der heutigen Forderung nach stärker ziel-sprachenorientiertem Unterricht. Lehrpersonen wurden zunächst auf eine bestimmte Didaktik verpflichtet, werden nun aber an veränderten Erwartungen gemessen.

des Fremdsprachenunterrichts» war in der Fachkonferenz, welche die Handlungsfelder erarbeitete, offenbar gar nicht vorgesehen worden. Eine Fussnote verrät, man habe sie «im Kontext des aktuellen politischen Diskurses» nachträglich ergänzt.

Dies nimmt dem Narrativ des «rein fachlichen, von der Politik unberührten Prozesses» ein grosses Stück seiner Glaubwürdigkeit. Wenn eine der seit Jahren zentralen Streitfragen erst auf politischen Druck hin Eingang in den Katalog der zu untersuchenden Felder findet, dann hinterlässt dies einen unguuten Geschmack.

Was der LVB erwartet

Unsere Schlussfolgerung ist keineswegs wissenschaftsfeindlich, sondern schlicht und ergreifend nüchtern.

«Kohärent» ist im Übrigen in erster Linie die Haltung des LVB, der die bekannten und auch in dieser Studie bestätigten Problemfelder seit Einführung der Frühfremdsprachen immer wieder fundiert beleuchtet und kritisiert hat. Der Bericht und die na-

Der LVB fordert - wie schon seit Jahren - eine ehrliche, tabulose und transparente Erarbeitung neuer Umsetzungsvarianten.

tionale Datenlage liefern solide Zahlen, und gerade weil diese unbequem sind, nehmen wir sie ernst. Sie zeigen: Das aktuelle Sprachenkonzept verfehlt bei einem erheblichen und viel zu grossen Teil der Jugendlichen sei-

Forderungen des LVB



- Die bis 2027 geplante Erarbeitung von Umsetzungsvarianten muss ehrlich, transparent und ergebnisoffen erfolgen.
- Der Startzeitpunkt der Fremdsprachen ist ausdrücklich zu prüfen – nicht anhand theoretischer Idealbedingungen, sondern unter den realen Bedingungen des Schulalltags.
- Eine Anpassung der Stundendotation darf nicht stillschweigend zu Mehrbelastungen führen. Mehrkosten, Kürzungen in anderen Fächern und organisatorische Folgen müssen von Beginn an offengelegt werden.
- Die Diskussion muss die tatsächlichen Rahmenbedingungen berücksichtigen: knappe Lektionenzahlen, heterogene Klassen, den Mangel an qualifizierten Sprachlehrpersonen und unzureichende Deutsch-Grundkompetenzen.
- Lehrpersonen dürfen nicht zu Hauptverantwortlichen für die Probleme gemacht werden. Verantwortung liegt ebenso bei den politischen, organisatorischen und konzeptionellen Voraussetzungen.
- Die Sprachenstrategie ist grundlegend zu überprüfen, wenn die vorgesehenen Ziele unter den bestehenden Bedingungen dauerhaft nicht erreichbar sind.
- Die Debatte muss ohne Scheuklappen und ohne falsche Rücksicht auf Gesichtsverluste geführt werden. Fehlentscheide bei der Einführung des bestehenden Konzepts dürfen einen notwendigen Kurswechsel nicht länger blockieren.

ne Ziele, besonders bei den schulisch schwächeren.

Der LVB erwartet darum, dass die Erarbeitung der Umsetzungsvarianten bis 2027 ehrlich und ergebnisoffen geführt wird. Ehrlich heisst: Wenn der

Es darf keine falsche Rücksicht genommen werden auf allfällige Gesichtsverluste jener Verantwortlichen, die sich im Kontext der Einführung des bestehenden Konzeptes geirrt hatten.

Bericht einräumt, dass eine allfällige Aufstockung der Stundendotation andernorts eine Kürzung oder Mehrkosten bedeutet, dann gehören die-

se Konsequenzen bei der Festlegung von Massnahmen von vorneherein transparent auf den Tisch und nicht als zusätzliche Last auf die Schultern der Lehrpersonen gelegt.

Ergebnisoffen bedeutet: Auch die Frage des Startzeitpunkts ist selbstverständlich zu prüfen, und zwar gestützt auf den realen Schulalltag mit knapp bemessenen Wochenlektionen, heterogenen Klassen, Rekrutierungsnotwendigkeiten hinsichtlich Fremdsprachenlehrpersonen sowie diversen weiteren, überaus wichtigen Herausforderungen wie fehlenden Grundkompetenzen in der Erstsprache Deutsch – und nicht auf ein Idealmodell, das es so in keinem Schulzimmer gibt.

Die Lehrerinnen und Lehrer in diesem Kantons leisten unter den gege-

benen Bedingungen, was möglich ist. Sie haben Besseres verdient als eine Debatte, die ihnen den schwarzen Peter zuschiebt, anstatt bei den Rahmenbedingungen, die ausschliesslich in unterrichtsfernen Konzepten und Strategiepapieren vorhanden sind, genauer hinzuschauen. Eine Standortbestimmung, die ihre eigene Leitfrage offenlässt, kann kein Schlusspunkt sein. Sie ist ein weiterer Aspekt innerhalb einer langjährigen Diskussion. Nur müsste diese endlich ohne Scheuklappen geführt werden – und ohne falsche Rücksicht auf allfällige Gesichtsverluste jener Verantwortlichen, die sich im Kontext der Einführung des bestehenden Konzeptes geirrt hatten.

Quellen

- Büchel, Karin / Oechslin, Lukas (2025): Standortbestimmung Sprachenkonzept. Gesamtschau Teilprojekte 1–5. INTERFACE Politikstudien, Luzern, 15. Dezember 2025. Abrufbar unter baselland.ch (Bildungsmonitoring).
- Erzinger, Andrea B. et al. (Hrsg.) (2025): Nationaler Bericht zu der Überprüfung des Erreichens der Grundkompetenzen (ÜGK) 2023, Sprachen 11. Schuljahr. EDK, 22. Mai 2025.
- EDK (2025): Medienmitteilung zur Überprüfung des Erreichens der Grundkompetenzen (ÜGK) 2023, 22. Mai 2025. Abrufbar unter edk.ch.
- LCH – Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (2025): Fremdsprachenunterricht: LCH besorgt über ÜGK-Ergebnisse. Medienmitteilung vom 22. Mai 2025. Abrufbar unter lch.ch.
- Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion Basel-Landschaft (2025): ÜGK-Ergebnisse 2023: Baselbieter Sekundarschulen auf Kurs. Medienmitteilung vom 22. Mai 2025. Abrufbar unter baselland.ch.
- Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion Basel-Landschaft (2026): Schlussbericht zur Standortbestimmung Sprachenkonzept liegt vor. Medienmitteilung vom 28. Mai 2026. Abrufbar unter baselland.ch.
- Schmutz, Felix (2026): Diagnose zum gescheiterten Sprachenkonzept: multifaktoriell. Condorcet-Blog, 8. Juni 2026. Abrufbar unter condorcet.ch.

Lichtblick

Introvertiert und sichtbar

von Roger von Wartburg

Am 22. Juli dieses Jahres erhielt ich von einem ehemaligen Schüler, der von 2009 bis 2013 auf progymnasialer Stufe Deutsch und Geschichte bei mir besucht hatte, eine E-Mail folgenden Inhalts:

Lieber Herr von Wartburg

Vielleicht erinnern Sie sich nicht mehr, aber ich war einer von mittlerweile wahrscheinlich ganz vielen «Freunden der Sonne»¹, die Sie mit Ihrem Unterricht geprägt haben. Bei meinen Aufsätzen haben Sie immer meinen Inhalt gelobt, aber die Rechtschreibung kritisiert. Und auch wenn meine Deutschnoten nie so wirklich gut waren, hat mir Ihr Unterricht meistens Spass gemacht.

Der Beweis: Vor zwei Jahren entstand aus einer spontanen Schnapsidee ein Exposé, das ich zwei Verlagen ge-

schickt habe. Eine Woche später wurde ich mit einem fünfseitigen Manuskript tatsächlich Autor und habe in den folgenden 20 Monaten die restlichen 195 Seiten geschrieben. Nun steht die Veröffentlichung von «Introvertiert und sichtbar – Meine Strategien in einer lauten Arbeitswelt» kurz bevor. Eine Woche vor diesem Datum – am 21. August – organisiere ich einen Event in der Kuppel Basel mit einer Keynote von mir, einer Podiumsdiskussion mit den Gastautoren (Yaël Meier und Jo Dietrich) und dem früheren FCB-Präsidenten Bernhard Heuser sowie einer anschliessenden Lesung. Moderiert wird die Veranstaltung von meinem Bruder Kevin, an den Sie sich vielleicht auch noch erinnern.

Lange habe ich mir überlegt, wen ich für den letzten Programmpunkt, die Lesung, anfragen könnte – und heute kam mir endlich die perfekte Idee! Wer, wenn nicht die Person, die mich fürs Schreiben inspiriert hat und zudem über reichlich Bühnenerfahrung verfügt?! Das Gute ist: Der Verlag hat bereits alle Rechtschreibfehler korrigiert.



Wenn Sie Lust haben, würde ich mich sehr freuen.

*Liebe Grüsse und bis hoffentlich bald
Emmanuel Wandji Tchatat*

Selbstverständlich sagte ich sofort zu, woraufhin mir Emmanuel ein Exemplar seines Buches zusandte. Kann einem als Lehrer überhaupt etwas Schöneres passieren? Dass sich ein Schüler oder eine Schülerin nach vielen Jahren an einen zurückerinnert und denkt: Das wäre doch der richtige Mann für dieses oder jenes!

Für Hannah Arendt ist das Vertrauen des Lernenden in den Lehrenden und dessen Glaubwürdigkeit von grösster Bedeutung. In diesem Sinne wertete ich Emmanuels Einladung – selbstverständlich vollkommen uneigennützig – als Ausdruck von Vertrauen und Glaubwürdigkeit.

Der Anlass in der Kuppel war ein wunderbares Erlebnis mit hochspannenden Menschen. Ich habe es genossen, drei Passagen aus dem höchst lesenswerten Buch, das gleicher-

massen informativ wie persönlich und humorvoll geschrieben ist, vorzutragen.

Herzlichen Dank, lieber Emmanuel! Ich bin sehr stolz auf dich. Viel Erfolg mit dem Buch und all deinen weiteren Projekten!

¹ Diesen Ausdruck verwendete ich früher im Unterricht regelmässig in Anlehnung an einen legendären Ausspruch des Fussballers Stefan Effenberg, der damit an einer Pressekonferenz zu einer Kritik an den anwesenden Journalisten angehoben hatte. Ich gebrauchte die «Freunde der Sonne», wenn eine Klasse zu unruhig war und ich ihren Fokus wieder auf das zu behandelnde Thema lenken wollte.



Bilder: Marlon Viejo



Instagram



Website

LVB-Forum

lvb inform 2025/26-04

Im Nachgang der Medienkonferenz «Wendepunkt Bildung» vom 27. April 2026 wurden erneut viele Zeilen über die fehlgeleiteten Reformen im Schweizer Bildungsbereich der vergangenen Jahrzehnte geschrieben, deren Proponenten zurecht kritisiert und mit dem Verweis auf Studien sachlich widerlegt wurden. Warum aber die sogenannten Reformen weitergehen und sich auch gebildete, anderweitig vernünftige Personen durch kluge Argumente nicht von ihrem Kurs abbringen lassen, wird, soweit ich weiss, nie gefragt oder erklärt. Das versucht diese kurze Polemik zu ändern.

Schaut man in den Duden, so findet man als Definition für «Reform»: «eine planmässige Neuordnung, Umgestaltung, Verbesserung des Bestehenden (ohne Bruch mit den wesentlichen geistigen und kulturellen Grundlagen)». Schaut man die sogenannten Reformen der letzten Jahrzehnte im Schweizer Bildungssystem an, so kann man diese durchaus als Neuordnung oder Umgestaltung betiteln. Dass sie hingegen keine Verbesserung des Bestehenden bedeuten, wurde schon ausreichend argumentiert. In keinem Fall aber erfüllen diese sogenannten Reformen die Bedingung in Klammern, da so gut wie alle einen ganz deutlichen Bruch mit den wesentlichen geistigen und kulturellen Grundlagen darstellen.

Für die Veränderungen im Schweizer Bildungssystem eignet sich die folgende Definition, ebenfalls aus dem Duden, weitaus mehr: «tief greifende Wandlung; umwälzende, bisher Gültiges, Bestehendes o. Ä. verdrängende, grundlegende Neuerung» – die Definition des Wortes «Revolution». Das ist nicht einfach eine semantische Spielerei, sondern ein wesentlicher Unterschied. Obwohl Reform und Revolution beide eine Veränderung anstreben, ist eine Revolution mindestens so sehr an der Zerstörung eines Systems interessiert wie an der Schaffung eines neuen, wenn nicht sogar mehr. Es ist historisch nämlich auffällig, wie schnell sich Revolutionen mit der Abschaffung eines «Ancien Regime» zufriedengeben und anschliessend wenig Interesse an der Schaffung einer besseren Alternative haben.

Die Französische Revolution war nach der Abschaffung des Ständesystems letztendlich nicht unglücklich über die Abschaffung der Demokratie zugunsten der Rückkehr einer Monarchie unter Napoleon. Schliesslich war er ja nicht einer der alten Elite; Kleinadel zwar, aber eine Art meritokratischer Emporkömmling. Nachdem die russische Oktoberrevolution die wohl einzig wirklich demokratisch gewählte Regierung Russlands abgesetzt und den Adel und die Kirche vertrieben hatte, war sie erstaunlich wenig daran interessiert, ein Paradies auf Erden zu schaffen. Sie be-

gnügte sich damit, die neue Elite zu sein. Wenn ich an meine eigenen revolutionären Tage als später Teenager denke, dann wusste ich auch immer mehr, was ich nicht wollte, als was ich an dessen Stelle setzen würde.

Alle Revolutionen stellen aber eines ganz sicher: dass alle Spuren des «Ancien Regime» ausgemerzt werden und niemals wieder zurückkehren können. Die Jakobiner taten dies durch die Guillotine, die Bolschewiken mit einigen Kugeln in einem Keller in Jekaterinburg. Während in unserer Revolution im Bildungssektor Gott sei Dank keine wörtlichen Köpfe rollen, so sorgt sie dennoch mit grossem Eifer dafür, dass unser eigenes «Ancien Regime» an der Wurzel ausgerissen wird.

Es ist daher nicht verwunderlich, wenn die Kritiker dieser Revolution ad hominem angegriffen werden, wie Dr. Carl Bossard kürzlich monierte. Sie sind Konterrevolutionäre, Royalisten und Weissgardisten. Es ist auch nicht verwunderlich, dass die Fachhochschule trotz immenser Kritik der Abgänger und Abnehmer weiter an ihrem Modell festhält, denn sie bildet keine Lehrpersonen aus, sondern Revolutionäre. Es ist auch nicht verwunderlich, dass Frau Maag Merki als Antwort auf Kritik mehr Reformen wünscht, wie Felix Schmutz in «lvb inform» vom Juni 2026 feststellte, denn eine Revolution ist immer nur einen weiteren Schritt vom Erfolg entfernt.

Wenn man sich also fragt, warum weiterhin Reformen propagiert werden, die nachweislich gescheitert sind, dann muss man sich ebenfalls fragen, ob das Ziel weniger das Schaffen des Neuen, sondern das Abschaffen des Alten ist. Für die Revolutionäre ist es zweitrangig, dass die neue Welt noch nicht perfekt ist, solange die alte Welt verschwindet. Das ist das Fahrwasser der Revolution. Der Weg ist das Ziel und insbesondere das Land, das man hinter sich lässt. Solange das Schiffchen wacker weiter davon wegfährt – mit den Revolutionären in der Kapitänskajüte natürlich –, dann ist es auch nicht so schlimm, wenn man nie ans Ziel kommt.

Das Manifest der Medienkonferenz «Wendepunkt Bildung» ist sehr zu begrüßen, denn es versucht genau das wiederherzustellen, was der Revolution ein Dorn im Auge ist. Der Fokus auf die Dinge, die abgeschafft wurden und die abgeschafft werden sollen, ist daher enorm wichtig. Dort liegt das oberste Ziel dieser Revolution.

PHILIP QUAYLE, SEKUNDARSCHULE GELTERKINDEN

Diese Ausgabe gefällt mir besonders gut. Teile davon möchte ich nicht kommentarlos stehen lassen. Gleich zu Beginn ein überaus guter Beitrag von Isabella Oser zum

Thema Verwarnungen als Druckmittel. Informativ, sachlich, gut formuliert und – vor allem – die emotionale Auswirkung einer Verwarnung facettenreich beschreibend.

Im Beitrag «Warum Sprachförderung Führung braucht» von Benjamin Hänni fühlte ich mich in meiner jahrzehntelangen Lehrtätigkeit bestätigt. Bewusst gestalteter Unterricht, deutliche Struktur und eine Lehrperson, die ihre Verantwortung aktiv wahrnimmt, kann auf alle Fächer angewendet werden!

Und dann die Berichterstattung zur Medienkonferenz «Wendepunkt Bildung – Mut zur Kurskorrektur». Zuerst musste ich schmunzeln, denn Hinschauen, Benennen und Handeln bilden für mich als Lehrperson einen alltäglichen Algorithmus. Es folgte eine schöne Bestätigung meiner Haltung, dass eine in vielen Bereichen engagierte und vitale Lehrperson («Das Verschwinden der Lehrer») die Schule ausmacht. Ebenfalls tat mir diese Losung gut: Weniger ist mehr! Alleine die Überlegungen dazu zeugen von reflektiertem Handeln.

Zum Abrunden die «Rückkehr der Kreidezeit». Was für eine Freude löste dieser Beitrag in mir aus! So viele Themen aus meiner 35-jährigen Berufserfahrung wurden hier greifbar beschrieben. Einen Begriff will ich speziell aufgreifen: die Führung. Führung heisst für mich, ich stütze die Schülerinnen und Schüler, begleite sie, lasse sie nicht im Stich mit ihren Problemen, zeige ihnen einen oder mehrere Wege auf, gebe ihnen Halt und Verlässlichkeit, weil sie eben nur einmal zur Schule gehen und nicht aus Erfahrung schöpfen können.

PHILIPPE PETER,
SEKUNDARSCHULE MÜNCHENSTEIN-ARLESHEIM

Ich gehöre zu denen, die es überhaupt nicht erstaunt, dass Realschülerinnen und Realschüler, die mit «Bonne Chance» unterrichtet wurden, im Französisch klar besser abschnitten als diejenigen, die mit den darauf folgenden Lehrmitteln gefüttert wurden.

Zum Thema «Wendepunkt Bildung» wollte ich schon lange etwas loswerden: Die Bildung in der Schweiz wird gelobt, Betriebe und Konzerne stellen mit Überzeugung Leute, die in der Schweiz ausgebildet worden sind, ein. Aber Achtung: Sehr viele dieser qualifizierten Leute wurden nach alten und noch älteren Lehrplänen ausgebildet, und das Loblied auf die Schweizer Schulen erklang bereits, als der Unterricht noch ganz anders als heute war. Man hat den Eindruck, dass mit dem Lehrplan 21 jedes Kind alles ein bisschen probieren soll und dann ohne Weiteres, wenn es möchte, an die Universität gehen kann. Und dann frage

ich mich immer wieder, ob die Lesekompetenz der 15-Jährigen früher besser oder schlechter war als heutzutage ...

Und zuletzt noch dies: Ich gehöre auch zu jenen, die jenen, die die Pronomina nicht beherrschen, eine Weiterbildung empfehlen.

DAVID ZOGG, BUBENDORF

Isabella Oser: Alles, was (nicht) recht ist, Verwarnungen als Druckmittel, lvb inform 2025/26-04

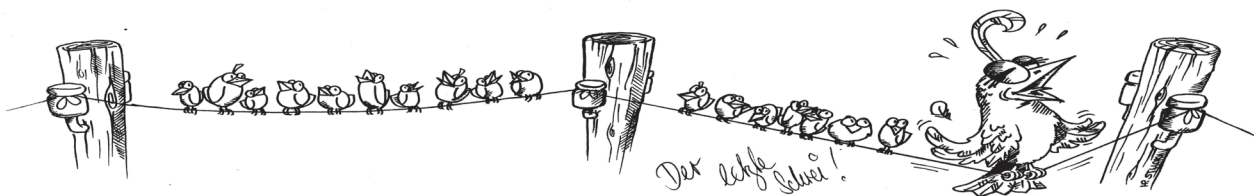
Gerne möchte ich mich bei Isabella Oser für den Bericht über die Verwarnungen gegenüber Lehrpersonen bedanken. Ich fand ihn ausgesprochen treffend, wichtig und mutig. Sie sprechen ein Thema an, das viele betrifft, aber viel zu selten offen thematisiert wird. Vielen Dank, dass Sie diesem wichtigen Anliegen eine Stimme gegeben haben. Liebe Grüsse von der Lehrerin, die ihren Weg weitergeht.

X.Y. (NAME DER REDAKTION BEKANNT)

Benjamin Hänni: Struktur statt Schlagwortpädagogik, lvb inform 2025/26-04

Ich habe diesen Artikel mit grossem Interesse gelesen. Danke für diesen sehr guten Beitrag und die Erläuterung, warum man Sprache nicht im Vorbeigehen lernt und dass eben genau schwächere Kinder keine Beschleunigung, sondern Klarheit, Wiederaufnahme und genügend Zeit benötigen! Ich werde den Artikel bei der nächsten Diskussion darüber, «wer welche und wie viele Förderstunden gibt und ob jene Kinder, die bereits Förderung benötigen, nicht vielleicht auf DaZ-Stunden verzichten könnten», jedenfalls dabei haben!

X.Y. (NAME DER REDAKTION BEKANNT)



Der letzte Schrei Schrödingers Frühfranzösisch

von Roger von Wartburg

Kennen Sie Schrödingers Katze? Dabei handelt es sich um ein berühmtes Gedankenexperiment des Physikers Erwin Schrödinger aus dem Jahr 1935: Eine Katze wird in eine geschlossene, undurchsichtige Kiste gesperrt. In der Kiste befindet sich ein Apparat mit einer radioaktiven Substanz, einem Geigerzähler, einem Hammer und Gift. Innerhalb einer Stunde zerfällt ein Atom der Substanz mit einer Wahrscheinlichkeit von 50 % – oder eben auch nicht. Beim Zerfall schlägt der Geigerzähler an, der Hammer zerbricht das Gift, und die Katze stirbt.

Aber: Solange die Kiste zu bleibt, befindet sich das Atom nach den Regeln der Quantenmechanik in einer Superposition (gleichzeitig zerfallen und nicht zerfallen). Weil der Zustand der Katze direkt an das Atom gekoppelt ist, müsste die Katze laut dieser Logik gleichzeitig tot und lebendig sein. Erst wenn die Kiste geöffnet wird und eine Beobachtung oder Messung stattfindet, «entscheidet» sich das System zufällig für einen Zustand: Die Katze ist entweder eindeutig lebendig oder eindeutig tot.

Mir fiel Schrödingers berühmtes Gedankenexperiment wieder ein, als mir in den Sommerferien beim Aufräumen des heimischen Büros ein Dokument in die Hände fiel, das im Januar 2010 verbreitet worden war: die Projektversion des Lehrplans Französisch und Englisch im Rahmen von Passepartout¹.

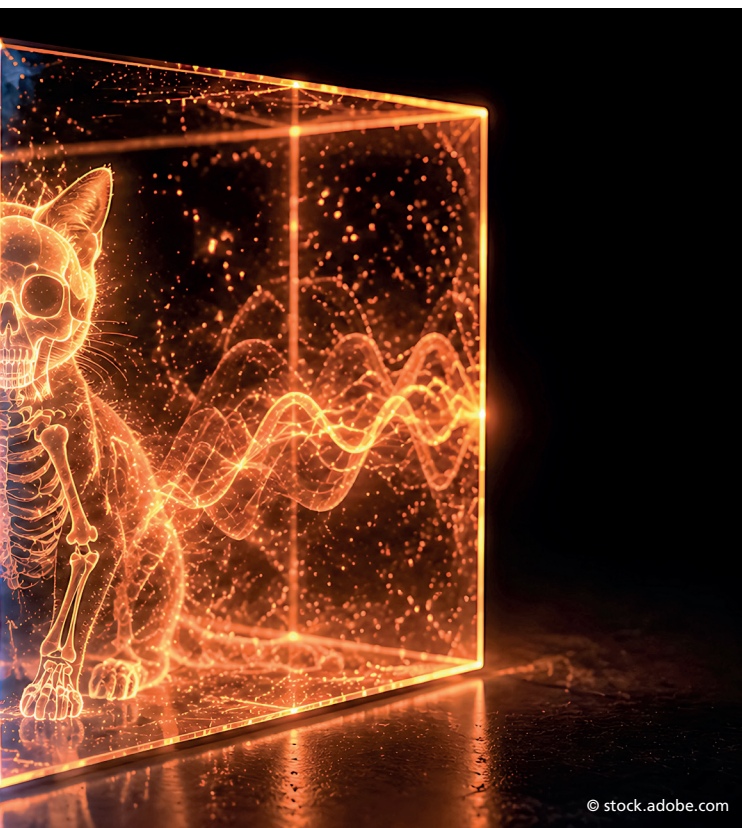
Es zählt zu meinen Eigenschaften, alle Arten von Texten, die ich lese, mit Markierungen, Stichwörtern und Notizen zu versehen. Als ich die 64-seitige Broschüre nach vielen Jahren wieder durchblätterte, stellte ich fest, dass ich sie bei meiner erstmaligen Lektüre vorrangig mit zwei Hauptarten von Kennzeichen versehen hatte: Einerseits hatte ich neben diverse Abschnitte das Adjektiv «banal» (wahlweise auch «banaaaaaal») hingeschrieben, andererseits, als Zeichen meines Unverständnisses respektive meines spontanen Widerspruchs als universitär ausgebildeter Sprachlehrer, entweder die Zeichenkombination «!?!?» oder die Abkürzung «BS» hinterlassen. Ob «BS» für «Blödsinn» oder «Bullshit» stand, weiss ich leider nicht mehr.

Damit Sie sich etwas Konkretes vorstellen können, zitiere ich zunächst zwei Textauszüge, die meinerseits mit «ba-



nal» quitiert worden waren: «Wenn Schülerinnen und Schüler mehrere Sprachen lernen, fangen sie nicht immer wieder bei Null an, sondern können vom bereits Gelernten profitieren.» (S. 9) «Damit die Lernenden Aufgaben lösen und die Inhalte verstehen können, benötigen sie entsprechende Sprachmittel.» (S. 11) Aha.

Noch weit häufiger als der Terminus «banal» finden sich die genannten Bezeichnungen «!?!?» und «BS», so etwa neben folgenden Aussagen: Da wurde behauptet, dass «jüngere Lernende grundsätzlich motiviert sind, eine neue Sprache zu erlernen, unabhängig von deren Status in der Jugendkultur. [...] Der Formenreichtum und die grammatikalische Transparenz des Französischen geben Anlass zur Förderung der Sprachbewusstheit und lenken die Aufmerksamkeit auf die Übereinstimmung von Form und Bedeutung. [...] In diesem Sinne kann die Sprachenfolge



Deutsch-Französisch-Englisch als speziell lernfördernd betrachtet werden.» (S. 3).

«Sprachenlernen wird wie jedes Lernen als ein Prozess verstanden, bei dem Wissen und Erkenntnisse individuell und selbst konstruiert werden. Deshalb lernen Kinder nachhaltiger und wirkungsvoller, wenn sie die Bedeutung von Inhalten, Wörtern und Regeln in der Sprache selbst herausfinden.» (S. 4)

«Bei diesen Niveaus [gemeint waren Lernende an der Volksschule] liegt das Schwergewicht der Sprachproduktion darauf, einfache Dinge verständlich auszudrücken, d.h. auf Inhalt und Bedeutung. Fehler treten dabei auf, weil die Konstruktionswerkstatt im Hirn nicht genügend Kapazität hat, sowohl auf Form als auch auf Inhalt zu achten.» (S. 19)

«Da beim Aufbau der kommunikativen Kompetenz über die ersten Niveaus die Sprachmittel vom Inhalt und den Sprachhandlungen gesteuert werden, ist es nicht möglich, eine Reihenfolge für grammatikalische Erscheinungen festzulegen.» (S. 19)

Was aber hat nun Schrödingers Katze mit dem Frühfranzösisch-Konzept gemein? Dazu muss man zunächst einmal verstehen, dass Schrödinger natürlich nicht behaupten oder gar beweisen wollte, echte Katzen könnten gleichzeitig leben und tot sein. Vielmehr wollte er aufzeigen, wie absurd es wird, wenn man die Gesetze der winzigen Quantenwelt unüberlegt auf die grosse Alltagswelt überträgt.

Mir scheint, als habe man in Gestalt von «Passepartout» Gesetze der winzigen (Forschungs-)Welt der schweizerischen Pädagogischen Hochschulen auf die grosse Alltagswelt des Sprachunterrichts übertragen wollen; im Widerspruch zur internationalen Wissenschaft² und bewährten Konzepten – mit entsprechend absurden Folgen.

Auch sonst scheint «Passepartout» leblose Tiere anzuziehen. Bereits vor 11 Jahren (!) schrieben Michael Weiss und ich mit Blick auf das bestehende Frühfremdsprachen-Diktat: «Wenn du entdeckst, dass du ein totes Pferd reitest, dann steig ab!»³ Geritten wird der Kadaver jedoch noch immer. Vielleicht müsste die EDK dann doch einmal die Kiste öffnen, um festzustellen, ob der Gaul noch atmet. Ein kostenloser Tipp: Auf Gutachten von Personen, die in die Implementierung des Konzepts involviert gewesen waren, würde ich dabei verzichten. Die leben nämlich noch, ganz ohne Zweifel.

¹ Margreth Däscher, Susanne Flückiger, Ruedi Gerber, Victor Saudan (Entwicklung); Ida Bertschy, Mirjam Egli Cuenat, Daniel Stotz (Fachberatung): Projektversion Lehrplan Französisch und Englisch, Arbeitsgruppe Rahmenbedingungen; Basel, Januar 2010

² vgl. dazu: Urs Kalberer: Früher Fremdsprachenunterricht – Wissenschaftliche Erkenntnisse zum Thema; lvb inform 2022/23-03

³ Roger von Wartburg und Michael Weiss: Der letzte Schrei – Tot oder lebendig; lvb inform 2014/15-04

Retouren an:
Lehrerinnen- und Lehrerverein
Baselland LVB
Am Kägenrain 3

AZB
CH-4153 Reinach
PP / Journal

DIE POST 

Kontakte

Lehrerinnen- und Lehrerverein
Baselland LVB
Am Kägenrain 3
4153 Reinach
061 763 00 02

Kantonalsektion des LCH
Dachverband Lehrerinnen
und Lehrer Schweiz

Website www.lvb.ch
info@lvb.ch

Präsidium, Medien,
Publikationen und Pädagogik
Philipp Loretz
Bürenweg 6
4206 Seewen
Tel 077 417 57 54
philipp.loretz@lvb.ch

Vizepräsidium,
Geschäftsführung & Mitgliederverwaltung
Benjamin Hänni
Herrenweg 62
4147 Aesch
Tel 077 422 25 61
benjamin.haenni@lvb.ch

Redaktion, Dokumentation,
Stellungnahmen & Anlässe
Roger von Wartburg
Rebgutstrasse 12
4614 Hägendorf
Tel 079 261 84 63
roger.vonwartburg@lvb.ch

Beratung, Mediation & Rechtshilfe
Isabella Oser
Brombergstrasse 42
4244 Röschenz
Tel 079 606 96 37
isabella.oser@lvb.ch

Sozialpartnerschaft & Personalfragen
Martin Loppacher
Spalentorweg 4
4051 Basel
Tel 061 693 00 73
martin.loppacher@lvb.ch